1 D 20079 E

LSI Lebensschutz-Informationen

Monatsschrift zur Rettung und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Mensch + Tier + Pflanze + deren Umwelt

Herausgegeben vom
Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D
Bundesverband Deutschland e. V.

12. Jahrgang | Nr. 3 | März 1981

Unser Widerstand wächst

gegen die Behauptung einer angeblich gesicherten Entsorgung — gegen die Diktatur eines entstehenden Atomstaates!

Brokdorf — Atomkraftwerk ohne Basis!

Für 1981 steht die dritte Fortschreibung des bundesdeutschen Energieprogramms bevor. Damit bietet sich eine Chance, neue Entwicklungen einzubeziehen und Änderungen vorzunehmen. Fortschreiben könnte auch heißen „weg von der bisherigen Linie weiterentwickeln".

Daß wir hierzu allen Anlaß haben, wird aus den verschiedenen Beiträgen der nachfolgenden Seiten deutlich. Besonders bedenklich erscheint die Anhäufung von Atommüll, über dessen sicheren Verbleib bisher nur Hoffnungen und Pläne etwas aussagen, jedoch keine wissenschaftlich abgesicherten Forschungsergebnisse. Wer, wie Peter von Siemens meint, diese Frage dennoch als gelöst ansehen zu können, sieht sich zugegebenermaßen Hunderten von Wissenschaftlern gegenüber, die das Gegenteil meinen nachweisen zu können. Solange diese Gegenargumente nicht eindeutig widerlegt sind, bleibt für den Laien und Politiker — sofern er ehrlich ist — nur die Erkenntnis, daß das Atommüllproblem weiterhin umstritten und ungelöst ist, obwohl wir solchen Müll in größeren Mengen produzieren, einen Stoff, der bisher keinen Ort auf dieser Erde hat. Dürfen wir ihn dann auf diese Erde bringen? Das ist die Frage.

Im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demonstration werden wir noch einmal an das Urteil des OVG Lüneburg erinnert, das am 20. Dezember 1977 den weiteren Baustopp verfügte **„bis ein prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager zur Lagerung abgebrannter Brennelemente gestellt und geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standortes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet sind."**

In der vom Bundesforschungsminister herausgegebenen **„Energiediskussion" 1/78** schrieben wir damals dazu:

> Das heißt: Am 20. Dezember 1977 (nach den drei Parteitagen der Bundestagsparteien und nach dem Beschluß zur Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung) wird der Bau eines Atomkraftwerkes weiter stillgelegt mit der Begründung, daß noch kein prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente und noch keine geologischen Untersuchungen zum Nachweis einer Standorteignung für die Endlagerung vorliegen, bzw. nur eingeleitet sind.
>
> Wer ein Haus in weniger dicht besiedelten Gebieten bauen will, muß erst einmal nachweisen, wie seine Abwasserfrage geklärt werden soll. Größe und Ausführung geprüfter Kläranlagen sind vorgeschrieben; ohne deren Nachweis erfolgt keine Baugenehmigung. Warum diese Sorgfalt bei häuslichem Abwasser, das, verglichen mit den Abfällen der Atomindustrie, harmlos ist, wenn bei der Baugenehmigung für einen Atomreaktor ein **prüfbarer Antrag** und eine **geologische Untersuchung über einen möglichen Standort** für eine noch nirgends existierende Entsorgungsanlage genügt? Wenn die gerade von der SPD geforderte „Chancengleichheit" realisiert wäre, dann müßte in Zukunft eine technische Zeichnung von einer Kläranlage in Form eines Antrags und eine geologische Aussage über die Möglichkeit, eine solche Anlage einbauen zu können, auch für den Bauherrn völlig ausreichen.

Für Atomreaktoren fehlen nicht nur die großtechnischen Modellanlagen, es fehlen sogar noch die nachprüfbaren Anträge und der Nachweis über einen möglichen Standort für eine erhoffte funktionierende intergrierte Entsorgungsanlage. Und das zu einer Zeit, wo in der Bundesrepublik bereits 13 Anlagen Abfall jeder Art produzieren, zum Teil seit zehn und mehr Jahren.

Diese Situation ist offensichtlich für alle Beteiligten unangenehm. Deshalb hat der Bundesminister des Innern die Reaktor-Sicherheitskommision (RSK) und die Strahlenschutzkommission (SSK) beauftragt, **die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des geplanten deutschen Entsorgungszentrums für abgebrannte Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren zu beurteilen.** „Unter der grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit" einer Anlage wird verstanden, daß die **erforderlichen Kenntnisse und technischen Mittel vorhanden sind oder rechtzeitig beschafft werden können, um die Anlage den Genehmigungsvoraussetzungen . . . entsprechend zu errichten und zu betreiben."** (Energiediskussion 4/77 vom BMFT).

Für den Laien heißt das zunächst, ob Brokdorf weitergebaut und schließlich für den Betrieb freigegeben werden darf, hängt davon ab, ob die Entsorgungsfrage gelöst ist. Warum diese verständliche Frage nur für Brokdorf und nicht für alle bisherigen Bau- und Betriebsgenehmigungen von Reaktoren gilt, bleibt ein Geheimnis der Genehmigungsverfahren.

Ein weiteres Geheimnis bleibt, wieso eine komplizierte technische Neuentwicklung dadurch als „anwendungsreif" angesehen wird, daß Kommissionen feststellen: die

für den Bau und die Betreibung einer solchen Anlage notwendigen Kenntnisse und technischen Mittel können rechtzeitig beschafft werden — vorhanden sind sie in diesem Fall ja noch nicht.

Noch bedenklicher aber ist, daß in diesem Fall entgegen aller sonst vorgeschriebenen Praxis ungesicherte Behauptungen als Grundlage technischer Innovationen akzeptiert werden. Eine Entwicklung, die für möglich gehalten wird, muß nicht zwangsläufig eintreten. Sie kann sich als Fehlkalkulation erweisen. Hier wird ein wissenschaftliches Prinzip verletzt.

Die Kommissionen haben festgestellt, daß „das Entsorgungszentrum grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar ist", das heißt, ihre Wissenschaftler hoffen und glauben, daß Kenntnisse und Mittel rechtzeitig beschafft werden können, um eine funktionierende Entsorgung zu praktizieren. Ihr Glaube sei ihnen unbenommen, über Glaubensfragen läßt sich nicht streiten. Nur hat das wenig mit Wissenschaft zu tun und so komplizierte und gefährliche und irreversible Technologien lassen sich darauf nicht bauen.

Nimmt man hinzu die ungefälschten Berichte von La Hague, das auch in der Untersuchung — zwar unausgesprochen, doch es existiert für unsere Brennstäbe im Augenblick kein anderes Vergleichsobjekt — als positives Beispiel für eine Wiederaufbereitungsanlage angeführt wird, dann bricht der Glaube schon zusammen und wird zu einem Wunschbild, das der Lüge gefährlich naherückt.

Das damalige Urteil des OVG Lüneburg erging auf Grund der Klage des Hamburger **WSL-Mitgliedes Karl Wilde** mit Unterstützung des **WSL Hamburg.** Es wurde bisher weder aufgehoben noch in sonstiger Weise außer Kraft gesetzt. Jetzt wird eine zweite Teilerrichtungsgenehmigung und deren Sofortvollzug von der Regierung ausgesprochen. Auch hiergegen hat **Dr. Dr. Klaus Sojka** für seinen Mandanten **Karl Wilde** sofort den Antrag auf Aussetzung des Sofortvollzugs bei der Landesregierung eingereicht. Ein wichtiger Punkt seiner Begründung ist:

„Es ist einfach ein Unding, eine 2. TEG, die die Hochbauten umfaßt, zu erteilen, wenn die Bedenken gegen die 1. TEG, die die Fundamente betrifft, noch nicht geklärt ist."

Auf Grund dieses Sachverhaltes schreibt **Ernst Otto Cohrs** in der „Neuen Politik", daß die in der Bundesrepublik betriebenen Atomkraftwerke gesetzwidrig betrieben würden, denn Anlagen dürften nur betrieben werden, wenn die Entsorgung gesichert sei.

Prof. Bruns, Schlangenbad, macht daraus eine Anfrage beim Bundesinnenministerium. Dieses antwortet in einem Schreiben vom 21. Januar 1981 unter anderem:

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Bruns!

Für Ihr Schreiben vom 27. November 1980 danke ich. Sie weisen auf einen Beitrag von Ernst-Otto Cohrs in der Zeitschrift „Neue Politik" 1980 hin und bitten um eine Stellungnahme dazu. Der Verfasser vertritt dort die Auffassung, in der Bundesrepublik Deutschland würden Kernkraftwerke „gesetzwidrig betrieben", denn das Gesetz sage, „daß Atomanlagen nur betrieben werden dürften, wenn die Entsorgung gesichert sei". Die Entsorgungsfrage sei aber ungelöst, wofür Cohrs meint, sich auf einen von dem damaligen Forschungungsminister Hauff in einem Interview mit dem „Spiegel" (Ausgabe 12 vom 17. 3. 1980) geäußerten Satz stützen zu können.

Diese Auffassung, die Sie sich offenbar zu eigen machen, kann ich nicht teilen. Soweit es um das Spiegel-Interview geht, hat Minister Hauff „**lediglich** die politische Meinung geäußert, er halte eine begrenzte Nutzung der Kernenergie für vertretbar, sofern es gelinge, die Entsorgungsfrage schrittweise zu lösen".

„Von einer Gesetzwidrigkeit kann im übrigen nicht die Rede sein. Mit 4. Änderungsgesetz zum Atomgesetz aus dem Jahre 1976 hat der Gesetzgeber in § 9a Abs. 1 AtG Betreibern von Kernkraftwerken auferlegt, dafür zu sorgen, „daß anfallende radioaktive Reststoffe sowie ausgebaute oder abgebaute radioaktive Anlagenteile ... schadlos verwertet" oder unter den in § 9a Abs. 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen als radioaktive Abfälle geordnet beseitigt werden. Dabei obliegt es den Behörden, die in dieser Bestimmung zum Ausdruck kommende Handlungspflicht im Rahmen ihres pflichtgemäßen Ermessens zu konkretisieren und die so näher bestimmten Anforderungen der Entsorgungsvorsorge in den Grenzen des Genehmigungsermessens bei ihren Entscheidungen nach § 7 AtG durchzusetzen.

Die Konkretisierung einer Genehmigungsvoraussetzung nach § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG läßt sich dagegen in § 9a Abs. 1 AtG nicht erblicken. Soweit vereinzelt Gerichte, wie z. B. das OVG Lüneburg bisher in diese Richtung tendierten, würden angesichts der fortschreitenden Bemühungen um eine Entsorgung die gesetzlichen Anforderungen des § 9a Abs. 1 AtG als erfüllt angesehen werden. Bekanntlich sieht auch das OVG Lüneburg **den Beginn der Probebohrungen** für das geplante Bundesendlager bei Gorleben als „**ausreichende**" Maßnahme **der Entsorgungsvorsorge an** (vgl. den Beschluß des OVG Lüneburg vom 17. Oktober 1977 — VII OVG B 22/77 —, Tenor u. S. 55)."

Sehr verehrter lieber Leser, ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß es sich hier weder um einen Aprilscherz noch um eine Fastnachtsrede handelt. Es ist eine durchaus seriöse Antwort von einem Akademiker aus dem Bundesinnenmisterium. Sie stützt sich auf ein Gerichtsurteil von Juristen, nach sorgfältigen Untersuchungen — so nehme ich doch an — ausgesprochen.

Für eine der aufwendigsten und gefährlichsten Techniken unserer Zeit wird der Beginn von Probebohrungen, die nichts anderes klären als die Beschaffenheit des Salzstockes, als eine „ausreichende Maßnahme der Entsorgungsvorsorge", mit anderen Worten als ausreichende Maßnahme zur Atommüllbeseitigung angesehen.

Nach dieser Logik müßte es in Zukunft zur Erlangung eines Führerscheins ausreichen, wenn nachgewiesen wird, daß der Bewerber lesen kann, bzw. eingeschult wurde, um diese Kunst zu lernen.

Auf diesem Hintergrund erhält die Demonstration in Brokdorf einen anderen Stellenwert. Letzten Endes ist es der Ausbruch der ohnmächtigen Wut und Verzweiflung des denkenden Bürgers, der von seiner eigenen Regierung in einer nicht mehr zu überbietenden Weise an der Nase herumgeführt und für dumm verkauft wird.

U.H.W.

Fondation Franz Weber

12. — 15. März Großdemonstration gegen Robben-Massentotschlag in Ottawa

Protest-Schiff gegen Robbentötung

23. März — 21. April im Hamburger Hafen das Schiff „St. Antoine" der Greenpeace-Bewegung, um auf die unsinnigen Robben-Abschlachtungen hinzuweisen und die Bevölkerung aufzuklären.

Die Beiträge in den LSI geben die Meinung ihres jeweiligen Verfassers wieder. Es ist daraus nicht ohne weiteres abzuleiten, daß es auch die Meinung der LSI-Redaktion oder die Meinung des WSL sei.

Aus dem Inhalt **Seite**

Lieber in Wärmedämmung als in Kernkraftwerke investieren

Bis vor sieben Jahren gab es einen unbestrittenen Konsens darüber, daß Energiepolitik die Bemühung sei, eine rasch und expontionell wachsende Nachfrage nach Energie durch ein mindestens ebenso rasch und expontiell wachsendes Angebot zu befriedigen.

Die Zahlen, die um das Jahr 1970 noch im Schwange waren, hören wir heute nur noch mit Staunen und nicht ohne Schaudern, da keine Energieform, nicht Öl, nicht Kohle, nicht Atomkraft, schon gar nicht Sonne oder Wind diese Nachfrage hätten decken können. Wenn die Energielücke ein Gespenst bleibt, das sich in immer fernere Zukunft verflüchtigt, dann nicht, weil wir getan hätten, was die Planer noch vor wenigen Jahren für unerläßlich hielten, sondern weil die Energieprognosen — glücklicherweise — allesamt falsch waren, genauer: mindestens um den Faktor 2 überhöht.

1973 hat die EG für die Bundesrepublik Deutschland einen Primärenergieverbrauch für das Jahr 2000 von 1350 Mio t SKE errechnet. Im Juli 1976 hat eine Studie für das BMFT zwei Alternativen angeboten: eine mit 755, die andere mit 620 Mio t SKE. Vor zwei Jahren bekamen wir aus Karlsruhe von einem Institut Alternativen, die zwischen 540 und 400 Mio t SKE schwanken. Der Unterschied zwischen den 1350 im Jahr 1973 und den 620, die 1976 dem Bundesforschungsministerium errechnet wurden, ist 2:1, und der Unterschied zwischen den EG-Zahlen von 1973 und denen des Karlsruher Forschungsinstituts 3:1.

Ähnlich sieht es beim Stromverbrauch aus. Ein Mann, auf dessen Urteil heute noch viele setzen, Prof. Dr. Heinrich Mandel, rechnete 1967 vor, daß wir im Jahre 2000 etwa 280000 MW an Brutto-Engpaß-Leistung unserer Kraftwerke bräuchten. Auch die Hälfte dieser Zahl dürfte eher zu hoch gegriffen sein. Wenn wir das Mandel'sche Ziel erreichen wollten, müßten jährlich etwa 15 Atomkraftwerke von je 1200 MW im Bau gehen. Noch vor fünf Jahren war es gefährlich, gegen die Technokraten in den Ministerien des Bundes und der Länder Zweifel daran zu äußern, daß der Stromverbrauch jährlich um 7% wachsen müsse. Heute stellen wir fest, daß von 1974 bis 1980 der Zuwachs des Stromverbrauchs im Schnitt unter 3% lag.

Die wirtschaftliche Notwendigkeit alternativer Energiepolitik

Alternative Energiepolitik bedeutet also zuerst einmal nichts anderes, als einen bereits vorhandenen Trend zu verstärken. Wenn es ohne übertriebene Anstrengungen des Gesetzgebers und der Administration gelungen ist, alle Prognosewerte aus dem Beginn der 70er Jahre zumindest zu halbieren, dann soll uns niemand weismachen, hier lägen keine Reserven mehr. Wenn es z. B. gelänge, in den 80er Jahren den Stromverbrauch im Schnitt nur um 2% wachsen zu lassen, also ein knappes Prozent weniger als in den vergangenen sieben Jahren, dann werden schon die Kumpels an der Ruhr dafür sorgen, daß nicht zuviele Atomkraftwerke gebaut werden, die ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen könnten.

Alternative Energiepolitik wird meist ökologisch beründet, sie läßt sich aber auch ökonomisch rechtfertigen, wenn man sie so definiert:

1. Langfristig ist alternative Energiepolitik das Ersetzen von nicht regenerierbaren Energieträgern durch regenerierbare.
2. Kurz- und mittelfristig, also für die nächsten zwei Jahrzehnte, bedeutet alternative Energiepolitik vor allem, daß Energieangebot und Energienachfrage dadurch ins Gleichgewicht gebracht werden, daß vorrangig nicht das Angebot erhöht, sondern die Nachfrage gesenkt wird.
3. Diese Senkung der Nachfrage nach Primärenergie kann durchaus einhergehen mit einer Steigerung der Energie-Dienstleistungen.

In welchem Ausmaß Energieeinsparungen möglich sind bei steigender Energiedienstleistung, haben Krause, Bossel und Müller-Reißmann in ihrem Buch „Energiewende" dargestellt (vgl. Heft 4/80 S. 19 und 63). Ich streite mich mit niemandem darüber, ob die Einsparungen bei der Raumheizung wirklich 70%, beim Pkw wirklich 60%, bei elektrischen Haushaltsgeräten wirklich 65% ausmachen können. Aber ich streite mich mit jedem über die Grundthese alternativer Energiepolitik, die ich so formulieren möchte:

— Es ist einfacher, ungefährlicher billiger, umweltfreundlicher, leichter und rascher durchsetzbar, die Nachfrage nach Energie zu dämpfen als das Angebot zu erhöhen.

— Es ist deshalb auch ökonomisch wie ökologisch vernünftiger, Öl direkt einzusparen, als es durch Atomstrom zu ersetzen.

Oder umgekehrt:

— Es ist schwieriger, gefährlicher, teurer, umweltfeindlicher, es ist auch schwerer und nur in längeren Fristen durchsetzbar, Öl durch Atomstrom zu ersetzen, als Öl und andere Energie direkt einzusparen.

Mehr Strom heißt noch nicht: weniger Öl

Einige Berechnungen der Enquête-Kommission des Bundestages (vgl. Heft 4/80) sind höchst aufschlußreich: Pfad 1, der von einem Wirtschaftswachstum von 3,3% bis zum Jahre 2000, dann von 1,4% ausgeht, keine größeren Anstrengungen zum Energiesparen vorsieht, führt nicht nur zu einem gewaltigen Ausbau der Atomenergie (77000 MW im Jahr 2000, 165000 MW im Jahr 2030), sondern — entgegen allen Substitutionsthesen — zum höchsten Verbrauch an Öl und Erdgas. Während bei allen anderen Pfaden im Jahr 2000 weniger als 200 Mio t SKE an Öl und Erdgas vorgesehen sind, brauchen wir ohne eine klare Sparpolitik immerhin 250 Mio t SKE. Wollte man den Ölverbrauch wenigstens auf 210 Mio t SKE drücken, dann wären 200000 MW Kernkraft für 2030 nötig, und wollte man wirklich eine Substitution von Öl erreichen, so wären bis in 50 Jahren 500000 MW Kernkraft nötig, das entspräche etwa 400 Kraftwerken von der Leistungsfähigkeit von Biblis B (1200 MW).

Wer also argumentiert, eine Politik des vernünftigen Umgangs mit Energie lasse sich nicht durchsetzen, muß sich fragen lassen, ob eine Politik des Nicht-Sparens etwa leichter zu erzwingen wäre.

Heute rechnet man mit ca. 2 Mrd. DM für ein großes Atomkraftwerk, wobei die Kostensteigerungen deutlich höher sind als die Inflationsrate. Das wären dann ca. 800 Mrd. DM. Dazu kämen die Kosten völlig neuer Leitungsnetze, denn mit den heutigen Netzen läßt sich die Raumheizung nicht in erheblichem Umfang auf Strom umstellen. Dazu kämen die Kosten für Bewachung und Überwachung atomarer Anlagen, atomarer Transporte, dazu kämen Entsorgungskosten, die all die zweistelligen Milliardenbeträge harmlos erscheinen ließen, von denen für Gorleben die Rede war.

Alternative: z. B. Wärmedämmung

Wärmedämmung z. B. ist sicher auch nicht gratis zu haben, aber bei Neubauten amortisiert sie sich bei den heutigen Ölpreisen in spätestens sieben Jahren. Das Kapital für diese Investitionen wird also in vergleichsweise winzigen Anteilen gebraucht und schlägt sich um ein Mehrfaches rascher um als bei einem großen Kraftwerk. Die Belastung des Kapitalmarkts wäre sogar dann um das Vier- bis Fünffache geringer, wenn die Aufwendungen innerhalb von 50 Jahren dieselben wären.

Mir scheint, daß wir im Wohnungsbau wie in der Energieversorgung an ökonomische Grenzen gestoßen sind, die lähmende Ratlosigkeit erzeugt haben. Weder das liberale Konzept, den Wohnungsbau durch Freigabe der Mieten rentabel zu machen, noch das sozialstaatliche Konzept, den sozialen Wohnungsbau wieder anzukurbeln, werden wirklich durchschlagen. Im einen Fall entstehen Mieten, die nur wenige aufbringen können, im anderen ist den öffentlichen Haushalten der Atem schon ausgegangen, ehe man sich zu einer neuen Anstrengung aufgerafft hat.

Steigender Energieverbrauch bedeutet Konsumverzicht.

Setzt eine Gesellschaft darauf, langfristig und stetig wachsenden Energieverbrauch durch großtechnische Anlagen, zunehmend nuklearer Art zu decken, so entsteht ein Kapitalbedarf, der andere Aktivitäten einschränken muß. Das im Bericht des US-Präsidenten zur Lage der Nation von 1975 vorgeschlagene Energieprogramm von 1976 bis 1985 würde z. B. mehr als 1000 Mrd. Dollar kosten (Stand 1976) und damit 75% der gesamten Nettoinvestitionen in den USA ausmachen.

Auch das 1977 vorgelegte Energieszenarium von Wolf Häfele, Laxenburg, das Zuwachsraten bis 2030 fortschreibt, kommt weltweit auf einen so enormen Kapitalbedarf (40000 Mrd. Dollar), daß er nur durch radikalen Konsumverzicht aufzubringen wäre. Häfeles Forderung: „Beginnen wir heute (1977) damit, unseren Konsum einzuschränken, dann müssen wir eine Reduktion von 12% der Konsumrate in Kauf nehmen; beginnen wir aber erst in 15 Jah-

ren (1992) mit der Einschränkung, dann müssen wir unsere Konsumrate um 25 % reduzieren."

Hier zeigt sich, wie Fortschreibung ins Gegenteil dessen umschlägt, was man will. Häufig wird argumentiert: Um den Wohlstand zu sichern, müssen wir den Energieverbrauch fortlaufend steigern. Tun wir es aber, so werden wir sehr rasch zu eben dem Konsumverzicht gezwungen, den wir doch vermeiden wollten. Wir müßten jetzt unseren Konsum an Gütern und Dienstleistungen einschränken, nur damit unsere Nachkommen die gewaltigen Mengen an Engergie verbrauchen können, die wir ihnen prognostiziert haben.

Wer sich die Kapitalien vorstellt, die wir im kommenden Jahrzehnt in den Wohnungsbau, in die Sanierung von Stadt-und Dorfkernen brauchen, der muß sich einen entspannten Kapitalmarkt mit erträglichen Zinsen wünschen. Wenn jedoch eine ausufernde Großtechnik riesige Kapitalien langfristig bindet, dann wird es bei dem Wunsch bleiben müssen.

Dr. Erhard Eppler
Sonnenenergie & Wärmepumpe
Jg 5 Heft 6 November/Dezember 1980

Öffentliche Umfrage:

Wer kommt jetzt für den Schwindel vom billigen Atomstrom auf?

Die Frage ist: die Atomindustrie, die Stromversorgungsunternehmen oder der neue Forschungsminister?

Die Atomindustrie ist der Erfinder des Schwindels, sie hat ihn mit einem Aufwand von vielen Millionen Mark in Hochglanzbroschüren verbreitet und betreibt dieses üble Geschäft noch heute. Der neue Forschungsminister hat aber vor, eine Forschungssteuer durchzusetzen, womit „die starken (Kosten)-Steigerungen bei der Reaktorforschung" teilweise oder ganz gedeckt werden sollen. Von Bonn sind wir zwar gerade auf dem Gebiet der Atomenergieverwendung Lügen gewohnt, aber daß der Atomstrom billig ist, wenn er teuer ist und immer teurer wird, das zu behaupten, ist sogar für die „Wahrheitsliebe" der Bonner Regierungsstellen eine zu große Kraftanstrengung. Natürlich werden auch die drei Bundestagsparteien heftig zu kauen haben, bis sie diesen Brocken geschluckt und heruntergewürgt haben, obwohl sie doch sonst alles fressen, was ihnen die Atomindustriepropaganda vorsetzt. Sie werden aber wohl kaum bereit sein, die Forschungssteuer mit dem Argument zu verteidigen, daß sie auf den Schwindel der Atomindustrie hereingefallen seien. Die Stromversorgungsunternehmen haben es da leichter, sie verkaufen den Strom so teuer wie möglich, ob der nun Atomstrom heißt oder nicht. Sie haben ja das Monopol des Stromverkaufs, und sie können die Schuld für die Verteuerung auf die Atomindustrie schieben, und die ihrerseits wieder auf die neue Forschungssteuer. Bleibt als letzter — den beißen bekanntlich die Hunde — der neue Forschungsminister. Der ist durch keinerlei Fachkenntnisse vorbelastet, wie das bei unseren Forschungs- und Atomministern „bewährte" Regel ist, sodaß er von sich sagen kann, er habe nie behauptet, daß der Atomstrom billig sei. Fazit: Die Atomindustrie wird den Schwindel weiter betreiben, mit verminderter Lautstärke, in der Hoffnung, daß ihr ein besserer Schwindel einfällt, und die Schuld auf das Öl schieben. Die Bundesregierung wird ihren Atomkurs beibehalten. Da braucht man ja nur mit dem — nachweislich falschen — Argument gefährdeter Arbeitsplätze zu winken, und schon pariert die Bundesregierung, der Kanzler voran.

Prof. Dr. Karl Bechert

Kraftwerke nur zur Hälfte ausgelastet

Deutsche Stromproduzenten reagieren mit Preiserhöhungen

Werner Vontobel

Bonn, 6. Nov. Der Stromverbrauch in der Bundesrepublik wird im laufenden Jahr trotz einem Wirtschaftswachstum von 2 Prozent stagnieren oder gar leicht zurückgehen. 1981, bei 0 Prozent Wachstum, wird sich diese Entwicklung noch verstärken. Bereits jetzt gibt es in der Bundesrepublik beträchtliche Überkapazitäten in der Stromerzeugung. Die Energiewirtschaft sieht sich deshalb gezwungen, die Strompreise um bis zu 16 Prozent zu erhöhen. Ferner versucht sie, durch den forcierten Verkauf von Wärmepumpen den Strom vermehrt auch für Heizungszwecke zu nutzen.

1979 betrug die Kapazität aller Kraftwerke der Bundesrepublik 87700 Megawatt. Die Jahreshöchstbelastung wurde im Januar 1979 mit nur 53000 Megawatt erreicht, und im Jahresdurchschnitt mußten die Kraftwerke gar nur zur Hälfte ausgelastet werden, um die benötigten 372 Milliarden Kilowattstunden Strom bereitzustellen. Für die nahe Zukunft sieht es nun erst recht nach einem deutlichen Überangebot aus, denn wenn alle im Bau befindlichen und bereits fest geplanten Kraftwerke programmgemäß gebaut und in Betrieb genommen werden, so ergibt sich für 1985 — vorsichtig gerechnet — eine Kraftwerkkapazität von mindestens 115000 Megawatt, das entspräche einem Zuwachs von 32 Prozent.

Legt man dem die Annahme der Bundesregierung von Ende 1977 zugrunde, wonach der Stromverbrauch bis 1985 um jährlich 5,6 Prozent wachsen wird, so sind die geplanten zusätzlichen 16 Kernkraft- und 20 Kohlestromblöcke nicht übertrieben. Ein derartiges Wachstum des Strombedarfs hält allerdings schon lange niemand mehr für realistisch. Schon im ersten Halbjahr 1980, als das Wirtschaftswachstum noch bei 3,5 Prozent lag, ist in Nordrhein-Westfalen der Stromverbrauch um 0,2 Prozent zurückgegangen, und diese Zahlen sind, wie der Düsseldorfer Energieminister Joachimsen weiß, keineswegs untypisch für andere Bundesländer. Der Energieverbrauch der Bundesrepublik insgesamt dürfte im laufenden Jahr sogar um 3,5 Prozent zurückgehen.

Niemand meint es sehr ernst mit dem Bau neuer Kernkraftwerke

Den Stromproduzenten ist diese Entwicklung natürlich nicht verborgen geblieben. Deutschlands größter Stromproduzent, die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, drängt zwar noch immer auf den Bau neuer Kernkraftwerke, doch Energieminister Joachimsen gewinnt den Eindruck, daß sie es dabei nicht sehr ernst meinen. Viele Anträge werden nicht vollständig eingereicht und durch häufige technische Änderungen immer wieder verzögert. Aufforderungen der Düsseldorfer Regierung, endlich neue Kohlekraftwerke zu bauen, wurden abgelehnt. Die Hamburger Elektrizitätswerke müssen ihre Strompreise ab 1981 um 16 Prozent erhöhen, damit bei stagnierenden Absätzen die hohen Fixkosten dennoch gedeckt werden können. Auch alle anderen Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben beträchtliche Preiserhöhungen ankündigen müssen.

Die Zukunft liegt in der Wärmepumpe

Langfristig sieht die Elektrizitätswirtschaft ihre Chance vor allem in der Wärmepumpe. Die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke hofft, daß bis zum Jahr 2000 die Hälfte aller Ölheizungen durch strombetriebene Wärmepumpen versorgt werden können. Wäre dies jetzt schon der Fall, so müßten rund 20000 Megawatt zusätzliche Kraftwerkkapazitäten bereitstehen, das entspricht etwa 18 modernen Kernkraftblöcken. Die strombetriebenen Wärmepumpen sind allerdings nicht unumstritten. Sie sparen zwar beträchtliche Mengen Heizöl ein, verbrauchen aber insgesamt eher mehr Primärenergie, als die herkömmliche Ölheizung. Energiewirtschaft sinnvoller sind Wärmepumpen, die mit Gas oder Dieselöl betrieben werden. Mit ihnen läßt sich der Energieverbrauch bei gleicher Heizleistung um bis zu 75 Prozent senken.

Tagesanzeiger 7. 11. 80 (Zürich)

„Bauruine Kalkar wäre ein Skandal"

Betr.: Meldung der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 11. 2. 1981

Sehr geehrter
Herr Ministerpräsident Albrecht,

mit Bestürzung ist die o. a. Meldung der heutigen Tageszeitung aufzunehmen, nach welcher Sie der Bundesregierung vorwerfen, sie sei unfähig, das „Notwendige zu tun".

Der Bau eines sogenannten Schnellen Brüters ist in der Bundesrepublik **alles andere als notwendig**, da bekanntlich ein Überhang an Stromkapazitäten zur Verfügung steht und die Bedarfsprognosen für die Zukunft reines Wunschdenken der Stromversorgungsunternehmen sind, die sich längst als unrichtig erwiesen haben.

Noch wichtiger aber ist, zu bemerken, daß die eingetretenen Verzögerungen beim Bau von Kalkar (und anderen Atomkraftwerken) nicht einfach als „politisch motiviert" zu bezeichnen sind. Sie sind vielmehr der ganz natürliche Ausdruck der **wachsenden Sorge,** nicht nur wegen der falschen Bedarfsprognosen, sondern vor allem auch wegen der wachsenden Gefahren einer weiteren Verbreitung der Atomtechnologie. Es ist jedem vor der Entscheidung stehenden Politiker hoch anzurechnen, wenn er sich endlich der Tatsache bewußt wird, daß er die Verantwortung einer durch großtechnologischen Wahnsinn fortschreitenden Umweltvernichtung nicht mehr mittragen kann und will. Das „Zögern", das nunmehr an der Tagesordnung ist, kann der Ansatzpunkt zu einem **heilbringenden Bewußtseinswechsel** sein, **den wir auch gern bei den Ministerpräsidenten unserer Länder feststellen würden.**

Nicht die Verzögerungen haben uns horrende volkswirtschaftliche Kosten beschert, sondern die bereits in Kalkar ausgegebenen 2 Milliarden DM für ein Kraftwerk, von dem heute noch keiner weiß, ob und wie es je funktioniert, sind eine **reine Verschwendung** des Volksvermögens gewesen, und es wäre unverantwortlich, diese Ausgaben fortzusetzen.

Ihre Befürchtung, die Bundesrepublik könnte auf dem Gebiet der Kerntechnik international in Rückstand geraten, kann kein überzeugendes Argument für die Weiterführung eines Projektes sein, von dem die Fachleute bereits wissen, daß es „veraltet" ist (siehe Meldung der HAZ am 10. 2. 1981!). Es stünde der Bundesrepublik wahrlich besser an, einmal nicht mit hängender Zunge einem vermeintlichen „Fortschritt" nachzurennen, sondern ausnahmsweise auch einmal Vorreiter bei einer Entscheidung zu sein, die die Menschheit vor schmerzlichen Folgen unabsehbarer Tragweite mithilft, zu bewahren.

Der amerikanische Wissenschaftler **Teller,** — der es eigentlich wissen muß, — hat davor gewarnt, daß die Technologie des „Schnellen Brüters", an der seit 35 Jahren gearbeitet wird, kaum eine Aussicht auf eine vernünftige Realisierung habe. Es bleibt daher unverständlich, warum man sich bei uns darauf versteift, diese Technik kommerziell nutzen zu wollen.

Noch viel unverständlicher aber muß für jeden Bürger sein, warum soviele Stimmen immer noch auf Fertigstellung weiterer Atomkraftwerke beharren, — **obwohl bis heute keine Lösung für Wiederaufarbeitung und Endlagerung des radioaktiven Abfalls gefunden wurde!**

Mit freundlichen Grüßen
Dieter W. Schneider

Zukünftige Energiepolitik

Brief von Prof. Dr. Otto Rohweder an Bundespräsident Karl Carstens

Mit einiger Verwunderung haben wir Ihre Äußerungen anläßlich Ihres Besuches in Grafenrheinfeld zur Kenntnis genommen. Sie haben Kernkrafbefürworter und -gegner ermahnt, die jeweiligen Argumente auszutauschen und beiderseits ernst zu nehmen. Wenn Sie dann aber gleichzeitig erklären, daß nur die Kernenergie einen Ausweg biete und daß sie die einzige Alternative zum Erdöl sei, dann scheint uns, daß Sie selbst die Argumente der Kernkraftgegner nicht nur nicht ernst, sondern überhaupt noch nicht zur Kenntnis genommen haben.

Wir möchten Sie daher auf den Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukünftige Kernenergie-Politik" vom Juni 1980 verweisen. Im Abschnitt B b „Gemeinsame Schlußfolgerungen für die Energiepolitik der 80er Jahre" stehen u. a. die folgenden Sätze:

> Die energiepolitischen Analysen lassen **grundsätzlich zwei alternative Wege — mit und ohne Kernenergie —** deutlich werden. Es erscheint vernünftig, die grundsätzliche Entscheidung für einen dieser beiden Wege zu dem Zeitpunkt zu treffen, an dem die Ungewißheiten ... beseitigt sind...... Die Kommission erwartet, daß man um 1990 besser entscheiden kann, auf welchen der beiden grundsätzlichen Wege unser Land längerfristig setzen soll (Bundestagsdrucksache 8/4341, S. 304).
>
> Angesichts der Logik der zwei Wege wird empfohlen, in den 80er Jahren eine Politik umzusetzen, die als rationale und faire Vermittlung beider Wege angelegt ist und deshalb auch von den Befürwortern beider Wege mitgetragen werden kann. Dies **setzt voraus, daß es zu einer fairen Konkurrenz kommt,** deren Ergebnisse rational bewertbar sind (S. 305).

Den gemeinsamen Schlußfolgerungen haben 12 von 15 Kommissionsmitgliedern zugestimmt, darunter auch die von der CDU/CSU-Fraktion benannten Sachverständigen. Die drei Gegenstimmen wurden von den Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU abgegeben, die damit gegen ihre eigenen Sachverständigen votiert haben.

Wir glauben nicht, Herr Bundespräsident, daß Sie bessere Sachkenntnis haben als die Experten der Enquête-Kommission. Wir sind aber vor allem der Meinung, daß es dem Bundespräsidenten unter den gegebenen Umständen nicht zukommt, einseitig zugunsten des Weges mit Kernenergie Stellung zu nehmen, und wir sind bestürzt darüber, daß die Forderung der Kommission nach fairer Konkurrenz ausgerechnet von unserem Staatsoberhaupt mißachtet wird. Wir sehen uns daher veranlaßt, gegen Ihre Äußerungen zu protestieren und hoffen, daß Sie sich, eingedenk Ihrer eigenen Mahnung, zu einer öffentlichen Korrektur veranlaßt sehen werden.

Hochachtungsvoll
Rose Marie Rohweder **Otto Rohweder**
Neuwiesenweg 5
CH-8128 Hinteregg (ZH)

Werbt neue Abonnenten für die LSI
Übernehmt Patenschaften für ein Jahr

Konservierung bald mit Kernkraft?

LZ **Hamburg, 18. Dezember.**

Auch in der Bundesrepublik sollen **Atomstrahlen** künftig garantieren, daß Gewürze frei von Krankheitserregern sind. Wie das Wirtschaftsmagazin „Capital" ermittelte, verstärkt sich der internationale Druck auf Bonn, die radioaktive **Behandlung von Lebensmitteln** zu erlauben. **Schon heute bestrahlen Japaner, Italiener und Dänen ihre Kartoffeln, damit sie nicht keimen. In Holland dürfen sogar Schlachthähnchen bestrahlt werden.**

Gewarnt durch die massiven Verbraucherproteste gegen **Östrogen** im Kalbfleisch, versucht das **Bonner Gesundheitsministerium,** jede **Diskussion** über nukleares Konservieren **von vornherein zu ersticken. Dabei arbeiten Wissenschaftler der Bundesforschungsanstalt**für **Ernährung** in Karlsruhe bereits seit den **fünfziger** Jahren an dieser **Technologie.**

Neben den herkömmlichen Konservierungsmethoden wie Erhitzen oder chemische Behandlung, bieten sich **Atomstrahlen** an, um **Insekten im Lagergetreide zu vertilgen, Seuchenerreger in exotischen Gewürzen abzutöten oder Salmonellen im Gefrierfleisch zu bekämpfen. Hohe Strahlendosen sterilisieren luftdicht verpackte** Lebensmittel sogar so **gründlich,** daß sie **ohne Kühlung** auf lange Dauer eßbar bleiben, wie **Tests bei der amerikanischen Armee ergaben. Allerdings beeinträchtigen die Strahlen Vitamine und Geschmack.**

Das **Bundesgesundheitsamt** in Berlin, so wird berichtet, **meldet jedoch erhebliche Bedenken gegen diese Konserviermethoden an.** Dr. Werner Boegl, Experte für Strahlenhygiene, sieht zwar nicht die Gefahr einer **radioaktiven Verseuchung** der Lebensmittel, weil die Strahlenkraft dazu nicht ausreiche. Aber das Bundesgesundheitsamt warnt vor **Nebenwirkungen. Noch konnten Langzeittests nicht ausschließen,** ob die Strahlen nicht im Lebensmittel chemische Veränderungen auslösen, **bei denen sich zuvor völlig harmlose Stoffe in extrem giftige** Substanzen verwandeln, **die womöglich Erbschäden auslösen.**

Die Bundesregierung steht allerdings unter Entscheidungszwang: einmal muß eine neue **Sterilisierungsmethode für exotische Gewürze gefunden werden, denn die derzeitige Begasungstechnologie mit Aethylenoxid kann Krebs auslösen.** In Skandinavien wird diese Methode deshalb Anfang des kommenden Jahres verboten. Da Gewürze bei der anderen herkömmlichen Behandlung, dem **Erhitzen,** ihr Aroma **verlieren** bleibt wahrscheinlich auch in der Bundesrepublik nur die **Strahlenmethode.** Überdies verlangen die Länder der Dritten Welt über die Vereinten Nationen und die **Internationale Energieagentur** die weltweite Einführung der Atomkonserve, weil in **tropischen Hungerzonen** ständig riesige Lebensmittelmengen wegen fehlender **Kühlvorrichtungen** verderben.

Lebensmittel-Zeitung 51/S. 28

Das Wachstumsgesetz

Der bekannte Atomphysiker Dr. Traube (gegen den seinserzeit unberechtigte Vorwürfe erhoben wurden, was einem Minister das Amt kostete) wurde kürzlich im Fernsehen über seine Meinung zur Kernenergie interviewt. Seine Antwort auf die Frage nach einer Notwendigkeit der Kernenergie war bemerkenswert: Er sagte, obwohl sein Leben eng mit der Entwicklung nuklearer Energienutzung verbunden ist, hätte er doch eingesehen, daß kein Bedarf für Kernenergie vorhanden sei, daß vielmehr ein Ausbau der Sonnenenergie auch für die fernere Zukunft ausreiche. Der tiefere Grund für diese Erkenntnis ist die Tatsache, daß der jährliche Zuwachs des weltweiten Energiebedarfs überschätzt wurde. Dies hängt damit zusammen, daß man häufig zwei Begriffe verwechselt:

Die sog. W a c h s t u m s f u n k t i o n, auch Exponentialfunktion genannt, die gemäß der Kurve a in Abb. 1 mit der Zeit ständig zunehmend ansteigt — und das sog. W a c h s t u m s g e s e t z, auch logistische Funktion genannt, die gemäß der Kurve b eine Sättigung erreicht.

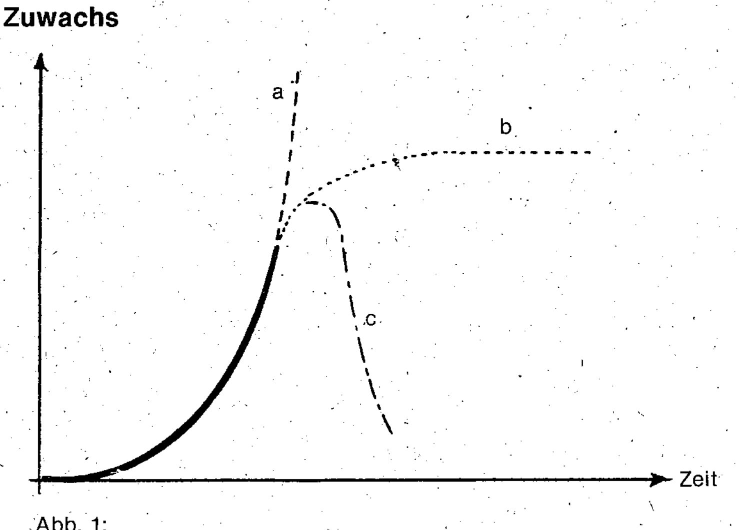
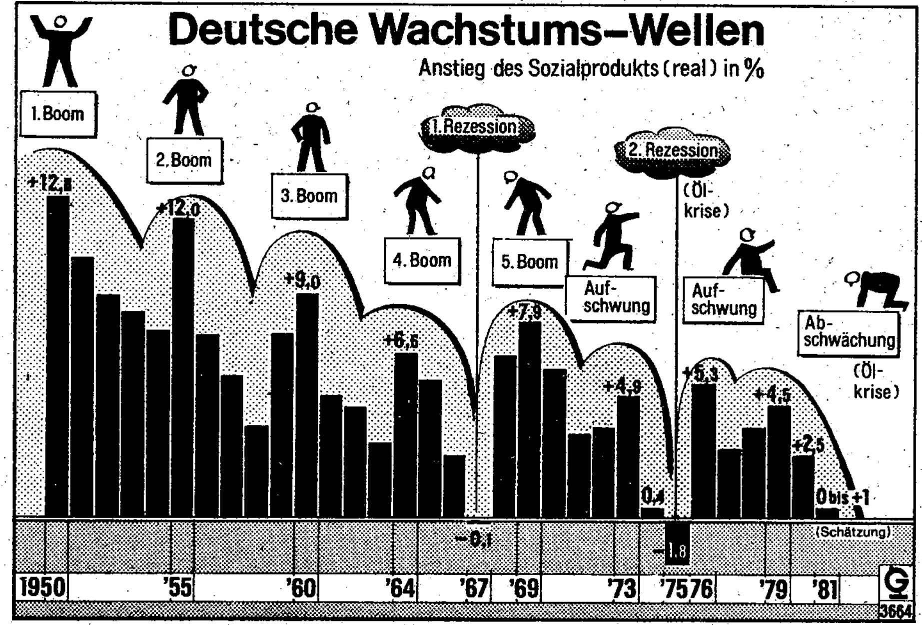


Abb. 1:
a = Exponentialfunktion („Wachstumsfunktion")
b = Logistische Funktion („Wachstumsgesetz")
c = Wachstum und Umkehr



Nahezu jeder Aufschwung fiel niedriger aus als der vorangegangene, und die dazwischenliegenden Zeiten konjunktureller Atempausen wandelten sich in der jüngsten Vergangenheit zu ausgeprägteren Rezessionen. Die Zeiten der Booms und des garantierten jährlichen Wachstums scheinen – vor allem unter dem Eindruck stetig steigender Energiekosten – vorbei zu sein. Der letzte Boom mit seinem Höhepunkt 1969 hat bis jetzt keinen Nachfolger gefunden, der diesen Namen verdiente. Das Jahr 1973 brachte nur einen kurzatmigen Aufschwung. Auch die Aufwärtsentwicklung nach der Rezession von 1975 kann man nicht als Boom bezeichnen, war das Wachstum doch zum großen Teil „Wiedergutmachung" des vorangegangenen Wachstumsverlustes. Und heute – nach einigen positiven Jahren – stehen wir schon wieder am Rande einer Rezession.
Für ein Ende der stürmischen Wachstumsjahre sprechen mehrere Gründe: Die Bevölkerung wächst nicht mehr, sondern schrumpft. Hinzu kommt die zunehmende Sättigung der privaten Haushalte mit vielen Gütern des gehobenen Bedarfs.

Auch ein späterer Schrumpfungsprozeß nach der Kurve c ist möglich, wie ihn O. Spengler in seinem „Untergang des Abendlandes" prophezeit hat.

Nach welchem Gesetz verläuft nun unsere wirtschaftliche Entwicklung? Abb. 2 zeigt die „Wachstums-Wellen" des Brutto-Sozialproduktes in der Bundesrepublik von 1950 bis 1981 nach einer Veröffentlichung des Sparkassen-Kundendienstes vom Februar 1981. Zeichnet man diese Darstellung gemäß Abb. 1 um, addiert also die jährlichen Zuwachsraten zum jeweiligen Gesamtwachstum, so erhält man Abb. 3 (s. S. 7), also eine wellige logistische Kurve ähnlich b in Abb. 1. Die Welligkeit ist durch finanzpolitische Manipulationen (Lombard- und Diskontsatz-Änderungen usw.) hervorgerufen, also künstlich „gemacht". Die große Linie aber zeigt das Wachstumsgesetz, das überall in der Natur gilt.

Die Kurve a in Abb. 1 ist tatsächlich absurd: sie würde bis ins Unendliche wachsen, was wegen der Begrenztheit unserer Erdoberfläche unmöglich ist. Und auf andere Planeten werden wir in absehbarer Zeit noch nicht ausweichen können.

Betrachtet man die Weltgeschichte, so fallen mehrere sich ablösende Kulturen auf, z. B. die indische, ägyptische, griechisch-römische Kulturepoche und heute unsere „Zivilisationsepoche". Noch v o r allen diesen in Wellen verlaufene aufsteigenden und zusammenbrechenden Kulturen gab es vermutlich eine ähnliche zur Überbevölkerung tendierende wie heute, die umstrittene Atlantische Zeit. Möglicherweise ist Atlantis durch eine von Menschen ausgelöste Katastrophe im sog. Bermudadreieck untergegangen, wo noch heute anomale magnetische Kraftfelder herrschen. Erst 1980 verschwand dort wieder ein russisches Forschungsschiff, das diese Abnormitäten untersuchen wollte.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, kann man schon aus dem bisher Dargelegten ersehen, daß unser Energiebedarf nicht — wie von Verfechtern der Kernenergie behauptet — gemäß Kurve a in Abb. 1 zunehmen wird, sondern nach Kurve b, oder falls ein atomarer Krieg vom Zaune gebrochen wird — nach Kurve c. Die Kurve b führt zu einem stabilen Gleichgewicht mit Nullwachstum. Dies wäre der ideale „Weg der Mitte" wie ihn das „Manifest der dynamischen Gesellschaft" im Prager Frühling, das damals auch in der Bundesrepublik verteilt wurde, anstrebte. Der Freiburger Nationalökonom Prof. Dr. **Folkert Wilken** hat diese Idee der Mitte in seinen Büchern wiederholt klargelegt. Er sagt z. B. (F. Wilken: Selbstgestaltung der Wirtschaft, Freiburg, 1949): In Rußland und seinen Satelliten kann man sich nicht das kaufen, was man braucht, weil nicht für den Bedarf der Bevölkerung produziert wird, sondern der Bedarf vom Staat vorgeschrieben wird. So konnte man z. B. von 1946 bis 1950 in Moskau keine Brillen für Kurzsichtige kaufen, weil nur Brillen für Weitsichtige im Fünfjahresplan standen. Im Westen hingegen muß man immer verschwenderischer und unzufriedener mit seinen Bedarfsgütern umgehen, da auch hier nicht für den Bedarf, sondern für den Profit produziert wird.

Vor einiger Zeit schrieb Folkert Wilken ein

neues Buch mit dem provozierenden Titel „Das Kapital". Darin wird gezeigt, wie eine Wirtschaft im Nullwachstum funktioniert und daß es eigentlich die Aufgabe Europas zwischen den beiden falschen Polen Ost und West ist, dies zu verwirklichen.

Auch auf anderen Gebieten als der Wirtschaft steuern wir gemäß Kurve a nach Abb. 1 in unsinnige Dimensionen oder — das wird die Zukunft zeigen — nach Kurve c ins Verderben. So nimmt die Umweltbelastung durch technische Schadstoffe nach Kurve a zu. Dies gilt nicht nur für die chemische Verseuchung (vgl. LSI Nr. 1/1981 S. 6 oben) sondern auch für eine „elektromagnetische Verschmutzung" der Atmosphäre. In Kanada häufen sich seit Jahren Berichte in der Presse über negative Auswirkungen eines russischen Tiefstfrequenz-Radarnetzes (z. B. National Enquirer vom 1. August 1978: „Russians Bombarding U.S. with Mind-Control Radio Waves"). Diese elektromagnetische Verseuchung führt zu ähnlichen Beschwerden wie Föhnkrankheit und sonstigen Wetterbeschwerden (deren tiefere Ursache magnetische Felder sind). Noch kann sich der Einzelne gegen solche Einflüsse schützen (vgl. LSI Nr. 12/1980 S. 12), doch wird auch hier bald eine Grenze erreicht werden. In diesem Fall sollte eine Rückkehr nach Kurve c erfolgen, d. h. das, was wir — endlich — als negativ erkannt haben, muß abgebaut werden; was wir als überspannt erkannt haben (das ständige Wirtschaftswachstum) muß in ein stabiles Gleichgewicht (Kurve b) überführt werden.

Eins ist heute sicher: einen nächsten Weltkrieg wird auch der Angreifer nicht überleben, und der Materialismus wird zugrunde gehen. Ein Rest der Menschheit könnte noch gerettet werden, wenn sich verschiedene übereinstimmende Vorhersagen bewahrheiten sollten, daß nämlich im Februar 1982 der Komet Typhon die Erde mit seinem Schweif streifen wird (sein magnetischer Feldeinfluß ist schon jetzt meßbar, er ist aber nicht mit dem Halleyschen Kometen zu verwechseln) und einen Vernichtungskrieg durch Naturkatastrophen abstoppt. Dann geht es zunächst nach Kurve c (Abb. 1) abwärts, um darauf einen Neubeginn zu ermöglichen wie nach dem sagenhaften Untergang von Atlantis.

W. Ludwig

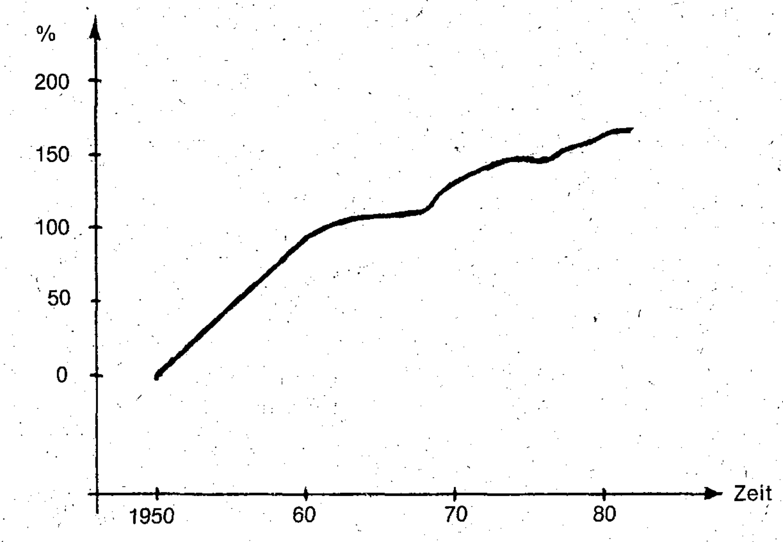


Abb. 3:
Wachstum des Bruttosozialproduktes in der Bundesrepublik von 1950 bis 1981. Abgesehen vom fehlenden Beginn der Kurve, der Jahrzehnte zurückliegend zu denken ist (Beginn der Industrialisierung), zeigt sich ein Verlauf nach dem „Wachstumsgesetz" (vgl. Kurve b in Abb. 1)

Global 2000

Langsam, vielleicht zu langsam, bildet sich auch in breiteren Schichten der Bevölkerung ein Problembewußtsein über unseren Lebensraum. Der Schutz unserer Umwelt ist ein Thema ernsthafter Diskussion geworden, Bürger formieren sich im Widerstand gegen allzu offensichtliche Vergewaltigungen der Natur und verbuchen Erfolge.

Politiker und Industriemanager verspüren den zaghaften Wind und beginnen gegenzusteuern. Nicht etwa gegen die Trends der Umweltzerstörung, wohl aber gegen das wachsende Wissen um die Zusammenhänge. Gerade die stark verursachende Chemie-, Energie-, Agrar-Industrie bemächtigt sich, beraten von geschulten Werbepsychologen, des Begriffs „Umweltschutz" und läßt ihn mittels massiver Werbekampagnen (wie „Chemie auf Ihrer Seite" etc.) zum leeren Schlagwort verkommen.

Das ist der Hintergrund, vor den jetzt ein grelles Fanal gesetzt wurde.

Im Verlag 2001 ist ein Buch erschienen, dessen Wert nicht überschätzt werden kann:

GLOBAL 2000
Der Bericht an den Präsidenten
Zweitausendeins 6000 Frankfurt/M.
Postfach
1438 Seiten, DM 20,— (nur im Versand oder den 2001-Buchläden zu beziehen)

Es handelt sich um die deutsche Übersetzung von:

THE GLOBAL 2000 REPORT TO THE PRESIDENT
herausgegeben vom Council on Environmental Quality
und dem US-Außenministerium
Study Director Gerald O. Barrey
Washington, U.S. Goverment Printing Office, 1980

Am 23. 5. 77 forderte Präsident **Carter** die gen. Stellen auf, in Zusammenarbeit mit einschlägigen Behörden die „voraussichtlichen Veränderung der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt auf der Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu untersuchen". Diese Studie sollte als Grundlage für längerfristige Planungen dienen.

Was nun, nach dreijähriger Arbeit, als Bestandsaufnahme und Zukunftserwartung vorgelegt wird, ist so niederschmetternd, daß es ein sensibles Gemüt in tiefe Depression stürzen kann.

Ein Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis des technischen Berichtes (Band 2) soll zeigen, zu welchen Bereichen in jeweils umfassenden Kapiteln Prognosen erarbeitet wurden:

Bevölkerung — Bruttosozialprodukt — Klima — Technologie — Nahrungsmittel und Landwirtschaft — Fischerei — Wälder und Forstwesen — Wasser — Energie — mineralische und andere Energieträger — nichtenergetische Mineralien — Umwelt, mit Prognosen der Auswirkungen durch jedes der vorgenannten Bereiche.

GLOBAL 2000 kommt bei allen analysierten Bereichen ausnahmslos zu negativen Prognosen, in allen Abstufungen von besorgniserregend bis katastrophal, und **geht dabei von der Annahme aus, daß keine** größeren Kriege, Naturkatastrophen, Störungen der Energieversorgung und der Handelswege den Niedergang beschleunigen, **aber auch kein grundsätzlicher und globaler Wandel der politischen Zielsetzungen diesen verlangsamt** oder, soweit das heute noch möglich ist, stoppt.

Zum letztgenannten stellt GLOBAL 2000 ausdrücklich fest, daß alle bisher eingeleiteten oder geplanten Maßnahmen hoffnungslos hinter den Notwendigkeiten zurückbleiben.

Eine Detaillierung der Prognosen und deren Ursachen ist im Rahmen dieser Buchbesprechung auch nicht annähernd möglich. Zu umfassend ist das behandelte Thema.

Einige herausgegriffene Stichworte müssen hier genügen, um das Bedürfnis nach weiteren Informationen zu wecken, so fragwürdig es auch immer ist, Einzelheiten aus dem Zusammenhang zu lösen. Bis zum Jahre 2000 werden

— die Weltbevölkerung um 55 % auf 6,35 Mrd. Menschen angestiegen sein, wovon 5 Mrd. in den unterentwickelten Regionen (UL) leben,
— die Wüsten sich um ca. 2 Mrd. ha ausgedehnt haben, = 2,5fache der heutigen Flächen,
— ca. 15—20 % aller auf der Erde lebenden Pflanzen und Tiere ausgestorben

und hierbei die genetische Basis zur Sicherung der künftigen Ernährung bedrohlich schmal geworden sein,

- die Wälder global um ca. 450 Mill. ha geschrumpft sein, in den UL mit den für Klima, Genreserve, Wasserhaushalt, CO_2-Abbau so wichtigen tropischen Feuchtwäldern alleine um ca. 40 %,
- schwerwiegende Klimaveränderungen stattfinden, deren Folgen nicht abschätzbar sind,
- die Niederschläge auf der nördlichen Halbkugel sauer werden,
- die Überfrachtung von Luft, Wasser und Land mit Schmutz und Gift heute kaum vorstellbare Ausmaße angenommen haben,
- der Bedarf an Erdöl, insbesondere auch aus dem Agrarbereich, exponential zunehmen, die Förderung jedoch schon vor 1990 ihren Höhepunkt überschreiten, dann kontinuierlich abnehmen und bereits um 2015 unter das heutige Niveau gesunken sein. Gerade hier wird auch der Laie erahnen, welches Konfliktpotential sich da in der allernächsten Zukunft aufbaut.
- usw. usw. usw.

Wenn die Trends in der jetzigen Richtung und Intensität so weitergehen, werden also a) immer mehr Menschen immer mehr an Ressourcen verbrauchen, b) immer mehr Müll jeder, auch der giftigsten Art, c) an eine immer labilere, überfrachtete und in ihrer natürlichen Regenerationsfähigkeit immer mehr überforderte und d) an der Basis ihrer Öko-Systeme immer schmaler werdende Umwelt abgeben. Daß hier ein globaler Kollaps des Planeten vorprogrammiert ist, sollte jedem einleuchten, der 2 + 2 addieren kann.

GLOBAL 2000 betont an vielen Stellen ausdrücklich, daß die Prognosen insgesamt noch zu optimistisch sind. Die Studie wurde auf der Grundlage amtlicher Einzelprognosen erstellt, die alle mehr oder weniger eine Gemeinsamkeit haben: jeder Fachbereich analysiert in isolierter Betrachtungsweise nur die eigenen Daten und setzt bei allen fachbereichsfremden Basisdaten schlicht voraus, daß diese unverändert für die Zukunft Gültigkeit haben.

Eine Verknüpfung der einzelnen Fachbereiche und somit eine Abschätzung der Wechselwirkungen fehlt fast völlig.

Sicher ist nur, daß alle diese Rückkoppelungen mit negativer Tendenz interpretiert werden müssen.

GLOBAL 2000 kann nicht die genaue Uhrzeit angeben — aber es ist mit Sicherheit kurz vor 12.00 Uhr.

Wir nähern uns mit Riesen-Schritten dem „point of no return". **Heute** muß entschieden gehandelt werden, wollen wir die drohend heraufziehenden Katastrophen abwenden. Unsere geballte Intelligenz, unser ganzer politischer Wille muß **jetzt** eingesetzt werden und es bedarf einer globalen Zusammenarbeit, wie sie für die Menschheit bisher ohne Beispiel ist.

Ausdrücklich wird festgestellt, daß eine grundlegende Veränderung der Trends mit dem gegenwärtigen politischen Instrumentarium *nicht möglich ist!*

Nach Überschreiten dieses Punktes ist aber jede Anstrengung umsonst, jede Chance vertan.

Es muß hier noch einmal betont werden, GLOBAL 2000 eine regierungsamtliche Studie ist, und die der größten Industrie-Nation der Welt dazu. Denn gerade hierin liegt ihr außergewöhnlicher Wert!

Dieses Buch ist unentbehrlich für jeden Fachmann und jeden engangierten Laien, denen der Schutz der Umwelt, ja die Rettung menschenwürdiger Lebensverhältnisse am Herzen liegen.

Denn hier werden ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt, ihre Fakten und Argumente erstmals in geballter Form „von der anderen Seite", eben von amtswegen geliefert.

Die gewohnte Übung vieler Politiker und anderer Personen des öffentlichen Lebens, die Bemühungen der Umweltschützer zu entwerten, sie zu diskriminieren mit Begriffen wie „emotionale Spinner, Sektierer" u. dgl. mehr, sie in irgendeine radikale linke, gleich kommunistische Ecke zu stellen, dürfte nach GLOBAL 2000 nicht mehr ganz so leicht sein.

Diese Studie ins öffentliche Bewußtsein zu heben, halte ich daher für eine maßgebliche Aufgabe des praktischen Umweltschutzes!

Jochen Maug, Roter Weg, 6369 Schöneck

Tuberkulinprobe — Alternative zum Röntgen der Lunge?

— Ungereimtheiten im neuen Bundesseuchengesetz —

Bestimmte Berufsgruppen sind gezwungen, regelmäßig, meist jährlich, einer Behörde nachzuweisen, daß bei ihnen keine ansteckungsfähige Tuberkulose der Atmungsorgane vorliegt. „Lehrer, Schulbedienstete und zur Vorbereitung auf den Beruf des Lehrers in Schulen tätige Personen" (§ 47) und solche, die „beim gewerbsmäßigen Herstellen, Behandeln oder Inverkehrbringen" von Lebensmitteln (§ 17/18) beschäftigt sind, gehören nach dem Bundesseuchengesetz (BSG) dazu.

Als **Wilhelm Conrad Röntgen** 1895 die später nach ihm benannten Strahlen entdeckte, ahnte noch niemand etwas davon, daß sie neben vielen diagnostischen Möglichkeiten auch ungeheure Gefahren mit sich brachten. Röntgen selbst starb an den Folgen von Strahlenschäden. Jahrzehnte hindurch wurde recht sorglos mit diesen Strahlen umgegangen, obwohl sich die warnenden Stimmen langsam mehrten.

Die Durchleuchtung erforderte über einen längeren Zeitraum die Durchstrahlung des Organismus mit äußerst energiereichen Photonen; der Arzt konnte jedoch Vorgänge beurteilen, nicht bloß Momentaufnahmen wie beim Röntgenbild. Der großformatige Röntgenfilm ist teuer und arbeitsaufwendiger zu handhaben als das Schirmbild, das jedoch eine etwa 3 bis 10 mal höhere Strahlenbelastung mit sich bringt und dessen Aussagewert durch notwendige Vergrößerung relativiert wird. Gesundheitsämter führen in der Regel nur die weitaus gefährlichere Kleinbildaufnahme durch, weil sie billiger und einfacher durchzuführen ist. In Rheinland-Pfalz ist auf Gesundheitsämtern die Großaufnahme der Lunge durch Erlaß des zuständigen Gesundheitsministeriums (AZ: VII 760-00/0 vom 19. 4. 1973) Lehrern grundsätzlich versagt, da diese zu einer „kaum zumutbaren Belastung der Gesundheitsämter" führen würde.

Seit Bestehen des BSG vom 18. 7. 1961 bis zum Jahre 1975 galt ohne Einschränkung, daß der Lungenbefund „sich auf eine Röntgenaufnahme der Atmungsorgane stützen" muß. Mit Wirkung vom 11. 5. 1975 erhielt der § 47 Absatz 1 des BSG eine etwas veränderte Fassung. Es hieß nun, die Untersuchung der Atmungsorgane „muß sich auf eine intrakutane Tuberkulinprobe oder auf eine Röntgenaufnahme" stützen; jedoch: „Ist die Tuberkulinprobe positiv ausgefallen, ist in jedem Falle eine Röntgenaufnahme erforderlich."

Weit verbreitet bei der Tuberkulin-Hautprobe ist der sog. Tine-Test, bei dem das Tuberkulin noch Spuren anderer Stoffe, etwa Eiweiß, enthält. Daneben wird gereinigtes Tuberkulin im sog. Tubergen-Test verwandt, dessen Reaktionen (bei positivem Ausgang) allgemein schwächer ausfallen als beim Tine-Test.

Was besagt nun die Körperreaktion auf die Tuberkulinprobe? Ist das Ergebnis negativ, so heißt das zunächst, das zunächst, daß im Augenblick der Untersuchung keine Tbc vorlag. Ebenso bedeutet die Negativreaktion aber auch eine Abwehrschwäche gegen diese Krankeit, und schließlich kann auch im Endstadium hochtuberkulöser Prozesse der Lunge das Resultat negativ sein. Bei positivem Testausgang kommen zwei Möglichkeiten in Betracht: Entweder liegt eine Erkrankung an Tbc vor, oder der Körper zeigt seine Abwehrbereitschaft an, die einmal durch Berührung mit Tuberkelbakterien als sog. stille Feigung erworben sein kann oder zum anderen passiv durch BCG-Schutzimpfung.

Die Tuberkulinprobe erweist sich also beim genaueren Betrachten als eine zweifelhafte Alternative zum Röntgen. Insbesondere die positive Reaktion hat von der Sachlage her keineswegs die Konsequenz, daß in jedem Falle zu röntgen ist, wie das BSG vorschreibt.

Eingaben des Verfassers an vorgesetzte Behörden und den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, die unterschiedliche Ausgangslage des Körpers bei positiver Reaktion in einer Neufassung des § 47 BSG zu berücksichtigen, blieben ohne Widerhall.

Die Neufassung ist allerdings seit 1. 1. 1980 in Kraft und lautet nun an der entsprechenden Stelle: „Ist auf die Tuberkulinprobe eine Reaktion vom verzögerten Typ (positive Reaktion) eingetreten, ist in jedem Falle eine Röntgenaufnahme erforderlich." Die scheinbare Differenzierung bei positiver Reaktion durch Aufnahme

des Passus „vom verzögerten Typ" bleibt vordergründig und unzulänglich. Der „beschleunigte Typ", den der Text nach Analogieschluß nicht zum Röntgen vorsieht, wird von Amtsärzten gleichsam verneint, da er nur bei ganz wenigen Personen vorkomme, die unmittelbar nach der Probe eine Reaktion hätten. Tuberkulin brauche andererseits immer mehrere Tage, um überhaupt reagieren zu können.

Es gelang dem Verfasser dieses Textes bisher nicht, seinen Tuberkulintest als Spontanreaktion und damit nicht röntgenpflichtig anerkannt zu bekommen, obgleich alle Röntgenaufnahmen der letzten Jahre, nach vorausgegangenem positiven Hauttest, ohne pathologischen Befund waren. Dafür hat die vorgesetzte Behörde aber bereits ein Disziplinarverfahren eingeleitet, das letztlich die Entfernung aus dem Dienst zum Ziel hat, weil eine Weigerung besteht, sich aufgrund der geschilderten Sachlage röntgen zu lassen.

Die Novelle zum § 47 BSG zementiert somit das ursprüngliche Verfahren. Wozu dann der ganze Aufwand? Betroffene müssen wiederum Gerichte bemühen, um — vielleicht — ihr Recht auf ungefährliche Untersuchungsmethoden nach Monaten oder Jahren bestätigt zu bekommen. Die Tuberkulinprobe ist keine echte Alternative zum Röntgen, sondern hat eher Alibicharakter. **Herkömmliche Untersuchungsverfahren wie Auskultation und Sputumüberprüfung sowie neuere Methoden wie die nach Prof. Vincent (Untersuchung der Körpersäfte auf ihren Vitalitätsgrad) oder verschiedene Systeme der elektronischen Hautwiderstandsmessung oder elektromagnetischer Bluttest könnten die Röntgendiagnosen bestens ersetzen.**

Wer um die großen Gefahren des Röntgens weiß, wird sich Mephisto bei Goethe anschließen können: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage."

R.-H. Buyny

Energiekrise und Menschheitsverantwortung

Die Anthroposophische-Gesellschaft Stuttgart, die Sozialwissenschaftliche-Forschungsgesellschaft und die Initiative für Dreigliederung des sozialen Organismus veranstalteten gemeinsam vom 20.—22. Februar 81 in der Waldorfschule an der Uhlandshöhe in Stuttgart unter dem Titel „Energiekrise und Menschheitsverantwortung" eine Tagung, deren rd. 400 Teilnehmer sich mit dem Für und Wider der Atomenergie auseinander setzten. Die Problematik des Themas wurde in kurzen Einführugen unter Berücksichtigung der Aussagen Rudolf Steiner's dargestellt. Die Themen lauteten: Eindimensionale Wissenschaft in der Sackgasse (Wolfgang Schad). Wie kam es zur Energiekrise? (Heinz Eckhoff), Zukunftsperspektiven (Siegfried Woitins). Für und Wider die Kerntechnik (Thomas Schmidt), Schneller Brüter und Fussionsreaktor (Rainer Dillo), Verantwortung der Gesellschaft für die Menschheitsentwicklung (Theodor Beltle, Stefan Leber, Dietrich Spitta), Bewußtseinserweiterung — der Schulungsweg des Einzelnen (Stefan Leber, Manfred Leist). In zahlreichen Arbeitsgruppen konnte die Materie gründlich erarbeitet werden. Ergänzt wurde die Tagung durch eine Podiumsdiskussion mit Politikern des Landtages von Baden-Württemberg. Fast einhellig gaben am Ende der Tagung die Teilnehmer der Überzeugung Ausdruck, daß die Auswirkungen der Atomtechnologie die Lebenskräfte in so umfassender Weise schädigen, daß zum heutigen Zeitpunkt einem weiteren Ausbau mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln entgegengewirkt werden muß, um das Leben von Pflanzen, Tieren und Menschen auch in der Zukunft zu ermöglichen.

Hans E. Schumacher

Anthroposophie und Atomtechnologie

In der Zeitschrift **„Diagnosen"** vom Dezember 1980 erschien unter der Überschrift *„Siemens' Atomsekte: Strahlentod, um Gott zu befreien"*, ein Beitrag, der einiger Ergänzungen bedarf, obwohl dieser, sowie ein weiterer Aufsatz aus der gleichen Nummer der „Diagnosen" eigentlich unter dem Niveau einer ernst zu nehmenden Aussage steht.

Die „Diagnosen" wollen eine Art Umwelt-Spiegel sein, nennen sich „das zeitkritische Magazin" und sind hervorgegangen aus der Monatsschrift „Gesunde Medizin", die es seit 1973 gab. Herausgeber, Chefredakteur und Verlag ist **Ekkehard Franke-Griksch,** Marktplatz 10, 7250 Leonberg.

In diesem Artikel wird aus einem Vortrag von Rudolf Steiner zitiert (allerdings ohne genaue Literaturangabe): *„Unsere Epoche wird zugrunde gehen durch den Krieg aller gegen alle, das Böse; und es wird das Trostlose sein, das die Menschen selbst die Schuld daran tragen."* Genau hierzu trägt der Artikel, dessen Verfasser verschwiegen wird, bei, wenn versucht wird, die ernsthaften Bemühungen vieler Anthroposophen um eine Heilung und den Schutz des Lebens zu disqualifizieren oder gar als Unterwanderungstendenzen hinzustellen, weil andere Anthroposophen z. B. in der Frage der Atomenergienutzung auf Seiten der Befürworter dieser Energie zu finden sind, darunter vor allem Peter von Siemens.

Offenbar wird die Atomkernspaltung mit ihren wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten überall zu einer unübersehbaren Orientierungsmarke, deren Deutung die Geister scheidet. Die Atomkernspaltung wirkt spaltend bis in alle Gruppen hinein: Kirchen, Parteien, Wissenschaft, Familie.

Auch innerhalb anthroposophischer Zusammenhänge erfahren wir eine derartige trennende Kraft. Ist die gegenwärtige Nutzung der Atomenergie aus anthroposophischer Sicht überhaupt verantwortbar oder nicht? An dieser Frage scheiden sich sonst im gemeinsamen Bemühen vereinte Menschen. *Daß sie für einen* **Peter von Siemens** *einen anderen Stellenwert haben muß, als für alle anderen anthroposophisch orientierten Menschen, ist wohl selbstverständlich. Es berechtigt dies jedoch in keiner Weise dazu, nun diese — seine — Interpretation zu der anthroposophisch offiziellen zu erklären und dann zur Diffamierung der in der Ökologiebewegung engangierten Anthroposophen zu gebrauchen.*

Wer dies versucht, nutzt einen Zustand, an dem heute alle Menschengruppen leiden, um „den Krieg aller gegen alle" zu schüren. Er spielt das Spiel des Bösen bereits mit und trägt — so gut gemeint seine Warnungen auch sein mögen — seinerseits zur Zerstörung der Lebenszusammenhänge bei.

Es tut uns leid, dies sagen zu müssen, schätzen wir doch die „Diagnosen" als eine Zeitschrift, die für die Lebensschutzbewegung immer wieder wichtige Informationen vermittelt. Doch Pannen passieren überall und sollten immer als solche erkannt werden.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, daß aus keiner Textstelle **Rudolf Steiners** (gest. 1925) eine Befürwortung der Atomkernspaltung abzuleiten ist. In den wenigen Fällen, wo er den Begriff „Atom" in Wort und Schrift verwendet, ist unklar und umstritten, in welchem Sinn.

Wer die Erde als lebenden Organismus begreift, weiß, daß auch sie dem „Stirb und Werde" unterliegt. Als Lebensschützer wird er — wie der Bauer das Weizenfeld — ihr Leben schützen, damit der naturbestimmte Reifungsprozeß sich vollziehen kann, aus dem allein das neue Werden sich zu entwickeln vermag.

Ursula Haverbeck-Wetzel

Eine notwendige Ergänzung des Agrarberichtes

Konservierung bald mit Kernkraft?

Wie in jedem Jahr stehen wir in Kürze wieder vor einer Bundestagsdiskussion über den Agrarbericht 1981.

Der Rechenschaftsbericht der Bundesregierung soll Auskunft geben über die Einkommenssituation der Landwirtschaft und ist ausschließlich nach ökonomischen Gesichtspunkten ausgerichtet.

Inzwischen ist aber deutlich geworden, daß ökonomische Gesichtspunkte ihre Begrenzung finden an ökologischen Notwendigkeiten.

Der Sicherung der nachhaltigen Lebensgrundlagen ist unbedingter Vorrang einzuräumen. Das ist zur politischen Überzeugung weiter Bevölkerungskreise geworden und das BML ist bei der Beratung zur Regierungserklärung starker Kritik ausgesetzt gewesen.

Dabei wird allzu leicht übersehen, daß die allgemeine Wirtschaftspolitik die Landwirtschaft in die ökologische Krise hineingeführt hat. Diese hat nicht allein das BML zu verantworten. Es handelt sich um eine allgemeine Bewertungsfrage der Arbeit an und mit der Natur. Man war allseits bemüht, den Agrarpreis im Verhältnis zu allen anderen volkswirtschaftlichen Leistungen so niedrig wie möglich zu halten, um Inflationsauswirkungen zu mildern und den Lebensstandard zu Lasten des Einkommens aus der lebensnotwendigen Landarbeit zu erhöhen.

Dieses Ziel setzte voraus, weniger Menschen in der Agrarproduktion zu beschäftigen, die Betriebe zu vergrößern und zu spezialisieren und alle chemischen, technischen und organisatorischen Mittel für eine Massenproduktion einzusetzen.

Auf diese Massenproduktion wurde die Aufgabe der Landwirtschaft reduziert. Die übrigen Aufgaben der Landwirtschaft, für Lebensqualität und Zukunftssicherung zu sorgen (Gesundheit — Landschafts-, Natur- und Quellschutz und Erhaltung und Mehrung der Bodenfruchtbarkeit), wurden dagegen bewußt vernachlässigt und übersehen, wenn der Landwirtschaft Wege aufgezeigt wurden, dennoch zu überleben.

Das erträgliche Maß ist überschritten. Das zeigen u. a. die Belastungen der Lebensmittel durch Biozidrückstände, durch überhöhten Nitratgehalt die veränderte Zusammensetzung der Aminosäuren im Pflanzeneiweiß, die Anwendung von Wirkstoffen und Östrogenen in der Viehmast, der Rückgang der Fruchtbarkeit im Rinderstall, der Ausfall von Quellen durch überhöhten Nitrateintrag sowie die verminderte Lebenssubstanz im Boden mit sinkenden Humuswerten.

Wenn der Agrarbericht eine vollwertige Information für die gesetzgebenden Körperschaften wie Bundestag und Bundesrat und für die Öffentlichkeit sein soll, muß der ökonomischen Bilanz die ökologische gegenübergestellt werden.

Daraus wird sich die Notwendigkeit ergeben, die Grundlagen der Agrarpolitik neu zu durchdenken.

In einer gesamtwirtschaftlichen Strukturkrise der Industriegesellschaft mit wachsender Arbeitslosigkeit infolge technischen Fortschritts (Elektronik), Rohstoff- und Energieverknappung, Sättigung des Binnenmarktes und Erschwernisse im Export gewinnt aus Gründen der Stabilisierung unserer Lebensordnung die Arbeitsplatzerhaltung und -schaffung in der Landwirtschaft zunehmende Bedeutung.

Weltweit wird in absehbarer Zeit der Energiekrise die Ernährungskrise folgen. Hierauf macht die jetzt veröffentlichte Studie der USA-Regierung „Die Welt im Jahre 2000" aufmerksam. Ein akutes Beispiel zeigt sich schon jetzt in Polen.

Angesichts der ökologischen Übernutzung unseres Lebensraumes noch eine Politik der industriellen Ausweitung zu betreiben, muß als unverantwortlich bezeichnet werden.

Über die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen muß sorgfältig Buch geführt werden.

Die ökologischen Belastungen, wie sie der Umweltbericht 1978 darstellt, ergeben sich in der Landwirtschaft in erster Linie

- aus einseitiger Getreidewirtschaft ohne Vieh insbesondere Rindviehhaltung mit hohem Einsatz von Agrarchemikalien ohne ausreichende org. Düngung
- aus Betrieben mit im Verhältnis zur LNF überdimensionierten Viehbeständen. Ökologisch vertretbar ist ein Viehbesatz von 0,75-2,00 VE/ha.

Im Agrarbericht finden wir diese Bewirtschaftungsformen unter „Marktfrucht" und „Veredelung". Die Statistik erfaßt nur Betriebsgruppen mit einem Standardbetriebseinkommen (in 1000 DM) — 30, 30—50, über 50. Um die Entwicklungstendenzen voll zu erfassen, müssen weitere Gruppen von 50—100 und > 100 gebildet werden. Je größer diese Betriebseinheiten, desto schwerwiegender die ökologischen Folgen.

Das Gewicht der Großproduktion in der Landwirtschaft muß klarer und deutlicher zum Ausdruck gebracht werden.

Bei den Veredelungsbetrieben sollte dementsprechend nach Bestandsgrößen und Art der Tierhaltung differenziert werden.

Bei allen Betriebsgrößenklassen und Betriebsformen sind die Aufwendungen für umweltgefährdende Biozide und energieaufwendigen Stickstoff gesondert aufzuführen.

Bei der Veredelungswirtschaft sollten auch die Tiergesundheitskosten erfaßt werden.

Eine Darstellung, in welchem Ausmaß sich die Veredelungswirtschaft in Beständen von mehr als 60 Kühen, 1000 Schweinen und 10000 Hennen zentriert, sollte die Erhebung ergänzen gleichzeitig mit Angabe, welche Flächen für die Aufnahme der anfallenden Gülle und Mistmengen zur Verfügung stehen.

Wünschenswert wäre auch die Erfassung des Anteils der gewerblichen Veredelungswirtschaft.

Die Agrarpolitiker täten gut daran, diesen Konzentrationsentwicklungen rechtzeitig und energisch entgegenzutreten. Eine kommende Ernährungskrise muß diese Formen der Veredelungswirtschaft in ihrem Kern treffen, da eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung eine Konkurrenz durch Schwein und Huhn nicht mehr zulassen kann. Zu einer Neuordnung der internationalen Handels- und Wirtschaftspolitik gehört auch die preisliche Aufwertung der eigenen Futtermittelversorgung, um die Viehhaltung auf der Grundlage von Zukaufsfutter rechtzeitig einzuschränken.

Wenn 1980 in der BRD der LNF (Landwirtschaftliche Nutzfläche) weitere 65200 ha entzogen worden sind (= 2600 Bauernwirtschaften mit 25 ha oder die Ernährungsbasis von ca. 250000 Menschen), so ist die Verwendung dieser Fläche differenziert anzugeben und zu prüfen, um welche Bodenqualität es sich dabei gehandelt hat. Es ist zu befürchten, daß es sich vorwiegend um ertragreiche Böden in verkehrsgünstigen Lagen gehandelt hat. Der Zubetonierung wertvollen Lebensraumes muß unbedingt Einhalt geboten werden. Der Straßenbau darf nicht mehr unter dem Aspekt der Arbeitsbeschaffung betrachtet werden.

Auch die Gefährdung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Emissionen aller Art sollte in der ökologischen Berichterstattung nicht fehlen. Die in der Presse bekannt gewordenen Umweltkatastrophen dürften nur die Spitze eines Eisberges sein. Jedes Atomkraftwerk dürfte eine potentielle Gefährdung von zumindest 300 qkm Bodenfläche bedeuten. Auch die ständige Bodenversäuerung durch SO_2 muß quantifiziert werden. Es sollte auch klargestellt werden, daß die Agrarchemie nicht allein in der Anwendung, sondern auch in der Produktion schon erheblich die Umwelt belastet.

Hier liegt eine gemeinsame Aufgabe der Gewerbeaufsichtsämter und der zuständigen Landwirtschaftsbehörden.

Der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen als ökologische Arbeitsgruppe sollte gemeinsam mit den Statistikern einen erfaßbaren Kriterienkatalog für die Darstellung der Umweltsituation der Landwirtschaft schaffen um der verantwortlichen politischen Führung die notwendigen Voraussetzungen für ihre Entscheidungen zu geben.

E. Siefert

Sun Bear, ein moderner Medizinmann

Sun Bear, ein Medizinmann des Chippewa-Stammes in Minnesota, sieht seine Aufgabe nicht mehr nur in der Weiterführung der überkommenden Traditionen des eigenen Stammes und anderer Indianervölker, sondern möchte diese in die Gedankenwelt und das Leben der Jugend des New Age einbringen. Und er weiß seit langem, daß das nur in gemeinsamem Leben geschehen kann, in langer, geduldiger Arbeit mit einzelnen und kleinen Gruppen.

So gründete er nach mancherlei Versuchen und Umwegen den Bear-Tribe, eine kleine ökologisch orientierte Kommune in Nordamerika (Washington), die seit unge-

fähr zehn Jahren besteht. **(The Bear-Tribe, P.O. Box 9167, Spokane, Washington 99209).** Sie ist in jeder Hinsicht unabhängig, besitzt soviel Land, daß sie davon leben kann und neu Dazukommenden auch noch etwas verkaufen oder den Ankauf vermitteln kann, und braucht außer etwas elektrischem Strom, worauf sie zur Not auch verzichten könnte, keinerlei Konsumgüter. Sie ist in Erwartung nahender Katastrophen sogar für zwei Jahre mit Nahrungsmitteln und Holz versorgt.

Diese Katastrophen betrachtet Sun Bear als unausweichlich, sie sind nötig zum weiteren Fortbestehen der Menschheit, die ohne solche Schocks nicht zum Bewußtsein ihres unverantwortlichen Handelns käme. Sun Bear weist immer wieder darauf hin, daß die alten Indianervölker jahrtausendelang auf ihrer Erde lebten, ohne sie auszubeuten. Sie begegneten Erde, Pflanzen und Tieren mit Ehrfurcht und fühlten sich selbst als Teil des Ganzen, als Hüter der Erde. Als die Weißen kamen, fanden sie ein Land von unberührter Schönheit vor.

Im vorigen Jahr kam Sun Bear zum ersten Mal auf Einladung des COLLEGIUM HUMANUM in Vlotho nach Deutschland. Es bewegte ihn tief, wie isoliert, verängstigt und deprimiert die Menschen in den großen Städten leben, wieviel negative Kräfte sich hier zusammenballen. Und auch das Land fand er „viel trauriger als in Amerika, weil es noch viel länger ausgebeutet worden ist." Andererseits erlebten er und seine Frau Wabun beim Besuch der Externsteine, daß trotzdem auch hier noch sehr alte Energien, männliche wie weibliche, an verschiedenen Punkten spürbar wirken.

Wabun ist nicht Indianerin, sondern eine amerikanische Journalistin irischer Abkunft und ergänzt mit ihrer weiblichen Kraft als Heilerin und Lehrerin sehr glücklich die verschiedenen Tätigkeiten ihres Mannes.

Wenn sie als „medizinische Helferin" bezeichnet wird, so muß man allerdings wissen, daß „Medizin" für Sun Bear etwas gänzlich anderes bedeutet als für einen durchschnittlichen weißen Mediziner. „Medizin" ist alles, was dem geschädigten Menschen hilft, wieder heil und ganz zu werden. Das kann ein aufrichtiges Gespräch, eine neue Einsicht, eine herzliche Berührung ebenso sein wie die 150 Kräuter und Blüten, die der Medizinmann kennt und verwendet, aber auch Tanzen, Beten, eine Zeremonie — **vor allem aber das Erleben der eigenen „Vision", des Lebenssinnes und der eigenen Aufgabe.** Nur so ist Glück möglich, die wirksamste „Medizin".

Diese „Vision" zu gewinnen, die in Sun Bears Leben die entscheidende Rolle spielt, helfen den heranwachsenden Indianerkindern auch heute noch erprobte Traditionen. Nach dem vierzehnten Jahr können sie sich mit dem Beistand des Medizinmannes oder eines erfahrenen älteren Mannes darauf vorbereiten durch Fasten, Schwitzen, Räuchern mit Sweet Gras, Einsamkeit und Schweigen. Das Deuten der Träume und der aus der Umwelt kommenden Zeichen, wie z. B. das Verhalten der Vögel und anderer Tiere oder Pflanzen, spielen dabei eine Rolle. Eine „Vision" braucht nicht auf einmal zu kommen, sie kann in einer Reihe von Zeichen, Bildern, Einsichten deutlich werden und den jungen Menschen auf seinen eigenen Weg führen. Ohne diese Sinnfindung gelten alle anderen Güter wie Reichtum, Ansehen usw. nur wenig, der Mensch fühlt sich unvollständig und wird auch von anderen so empfunden. Sun Bear schreibt das Gefühl der Frustration, Schwäche und Traurigkeit, das ihm die bei uns vorherrschende Stimmung zu sein scheint, diesem fehlenden Lebenssinn zu. Übrigens gelten den Indianern, wie vielen alten Völkern, Frauen als von Natur vollständigere Menschen, sie können auf Visionssuche gehen, brauchen es aber nicht, um ganze Menschen zu werden. (Der Bear-Tribe veranstaltet zuweilen Seminare zur Visionsfindung, betont aber, daß letzten Endes jeder seinen eigenen Weg zu Gott gehen müsse. Um diesen Weg nicht zu verfehlen, muß der Mensch lernen, wach- und aufmerksam zu leben, nichts zu übersehen.)

Diese ganz wache, doch entspannte Aufmerksamkeit, das ständige Hinhorchen und Wahrnehmen unterschied Sun Bear, Wabun und ihre deutsche Gefährtin und Übersetzerin Erika, genannt Thunderbird Woman, von der großen Mehrheit der Teilnehmer des Seminars über indianische Philosophie und Lebensweise im Collegium Humanum in Vlotho. **(Wegen großen Andrangs wird es dieses Jahr im Juni wiederholt. Anfragen: 4973 Vlotho-Valdorf, Bretthorststr. 204, Tel. 05733-2680).**

Außer dem Verlust der Vision fand Sun Bear für die Mehrheit der Weißen charakteristisch, daß sie statt selbständig und aus eigener Verantwortung ihr Leben zu führen, im Hinhorchen auf den „Großen Geist", gern alles anderen überlassen, vor allem Institutionen und Autoritäten. Der so wichtige Eintritt ins Leben erfolgt in der sterilen, anonymen Umwelt der Klinik, die Erziehung wird an die Schule delegiert, die Ernährung vom Angebot des Supermarktes bestimmt — „und selbst das Reden mit dem Großen Geist überlast ihr dem Pfarrer", bemerkte Sun Bear. Was dabei herauskommt, sind lauter „Unberührbare" (untouchables — die unterste Hindukaste) in vielfacher Bedeutung.

Daß man dieser Verhärtung, Verkrustung, nicht mit den üblichen Vorträgen beikommen kann, ist ihm klar, deshalb versuchte er immer wieder ein gemeinsames Tun, Begegnen, Teilnehmen an fremden Leben, z. B. auch an dem von Bäumen im Gelände, an Zeremonien, Opfer, Gebet als beständige, das ganze Leben begleitende Verbindung mit dem Ganzen in Ehrfurcht und Dankbarkeit. Vor allem aber, wirkte seine Gegenwart, das gelassene in sich Ruhen bei voller Offenheit und Aufmerksamkeit, sein Humor.

In der dadurch geschaffenen entspannten Atmosphäre, zu der auch das gemeinsame Singen viel beitrug, konnten seine Mahnungen besser ankommen: „In unserer Überlieferung heißt es, daß der Große Geist seine Wahrheit teilte und allen Völkern davon gab. Nur wenn sie diese Teile zusammentragen, erkennen sie die ganze Wahrheit und können in Einsicht gemeinsam handeln. Es ist Zeit, daß wir endlich voneinander lernen, um diese Wahrheit zu finden.

Wir Indianer werden in letzter Zeit oft gefragt: „Was sollen wir tun?" Meine Antwort ist die: **wenn ihr das System verändern wollt, müßt ihr zuerst euch selbst ändern.** Lebt einfach. Erkennt, daß der wahre Reichtum nicht vom Wohlstand abhängt. Geht sparsam mit der Energie um. Hört auf, in dieser Überflußgesellschaft Dinge zu kaufen, die nicht notwendig sind. Viele Leute glauben, daß sie zu schwach sind, irgendetwas zu verändern. Sie resignieren. Aber das Wirksamste, das jeder einzelne tun kann, ist, seine Gewohnheiten zu verändern."

„Zwischen Gorleben und Stadtleben

Erfahrungen aus drei Jahren Widerstand im Wendland und in dezentralen Aktionen." Von Dieter Halbach und Gerd Panzer. AHDE-Verlag, 1 Berlin 61, Postfach 129, 1. Auflage, 1980, 16,— DM.

Eine hervorragende Arbeit! Mit großem Fleiß wird hier, aus der Praxis für die Praxis, zusammengetragen, von zwei Augenzeugen und Mithandelnden beschrieben, was von 1978 bis 1980 in Gorleben und anderswo dazu geträumt, gedacht und getan wurde.

Der Schwerpunkt liegt auf dem Tun. Zahlreiche Aktionen in Gorleben und dazu, dezentral, an anderen Orten, werden in ihrem Verlauf, ihren Erfolgen und Mißerfolgen, darin sehr ehrlich, abgehandelt, eine Fundgrube für Anregungen, was überhaupt, von der Information über „Atomleichen", Plutoniumwurm und Straßendiskussion bis zum Sitzstreick, zu Blockaden und zur großen Dauerplatzbesetzung infrage kommt.

Die Aktionen werden taktisch und strategisch gut ausgewertet, wobei die vornehme Gesinnung auch gegenüber Andersdenkenden und Feinden wohltut. Die Lage bei der Polizei und vor allem die inneren Konflikte bei den eingesetzten Polizisten und Leuten vom BGS werden sorgfältig dargestellt. Der schwierigen Situation der Wendländer selbst, gerade auch gegenüber den oft als „Chaoten" beurteilten zugereisten Aktivisten, werden die Verfasser gerecht.

Wer sich mit der Geschichte und der ökoligischen Problematik des Wendlandes und auch allgemein mit unseren Vorstellungen von alternativer (Land)Wirtschaft eingehender befassen will, findet auf den Seiten 14—16 und 27—36 beachtliche Überlegungen und gut formulierte Grundsätze dazu.

Ein Buch nur für ernsthaft an der Sache Interessierte! Es ist eng gedruckt und liest sich auch aus anderen Gründen nicht leicht. Die äußere Aufmachung des Buches — nun, das ist Geschmacksache (und hoffentlich kein Absatzhindernis). Dafür ist der Inhalt umso spannender!

W. Wellmann

LV Schleswig-Holstein

Schleswag belohnt Energieverschwendung

Mit Wirkung ab 1. 1. 1981 tritt für die Tarifkunden der Schleswag ein neuer Stromtarif in Kraft. Im Durchschnitt erhöhen sich die Arbeitspreise um etwa 10 Prozent. Entgegen aller energiepolitischen Logik werden gleichzeitig auch die Grundpreise angehoben. Für Verbraucher mit reduziertem Strombedarf ergibt sich dadurch eine besonders starke Preiserhöhung.

Richtig wäre, den Grundpreis zu senken und den Arbeitspreis verstärkt anzuheben. Vielverbraucher würden damit angemessen belastet. Wie bei der Umlage der Kfz.-Steuer auf die Mineralölsteuer gilt auch beim Stromverbrauch: Durch Umwandlung von fixen Kosten (Grundgebühr) in verbrauchsabhängige Kosten entsteht der optimalste Anreiz zur Energieeinsparung.

Die Landesregierung und die Schleswag haben mit ihrer Entscheidung versäumt, neue Akzente in der Energiepolitik zu setzen.

LV Baden-Württemberg

Mitglieder-Rundschreiben 1/81

Liebe Mitglieder im WSL,

Anfang April führen wir in Zusammenarbeit mit den örtlichen Tierschutz-Vereinen und anderen Verbänden gleicher Zielrichtung in mehreren Städten Vortragsveranstaltungen durch, bei denen

Dr. Dr. Ingo Krumbiegel, vormals Zoodirektor in Dresden einen Dia-Vortrag über das Thema

Tierquälerei —
Schatten über unserer Kultur

halten wird. Er wird das Problem umfassend darstellen, also nicht nur zur Tierquälerei an Haus- und Nutztieren sprechen, sondern auch zur Massentierhaltung und den Tierversuchen Stellung nehmen. Ich hoffe, daß diese Veranstaltungen der Anfang einer guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Tierschützern sein werden und bitte Sie, durch Werbung in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis zum guten Besuch der Vorträge beizutragen.

Dr. Krumbiegel wird an folgenden Orten sprechen:

6. April, 20 Uhr:
Schorndorf (Rems-Murr-Kreis), Musiksaal des Burg-Gymnasiums;

7. April, 20 Uhr:
Karlsruhe, Landessammlungen für Naturkunde, Erbprinzenstraße 13;

8. April, 20 Uhr:
Baden-Baden, Gymnasium Hohenbaden;

9. April, 20 Uhr:
Pforzheim, Schloßberg-Zentrum, Schloßberg 4-8, Gemeindesaal der Lutherpfarrei.

Wer sich gegen die Tierquälerei wendet, muß auch über die Haltung der Tiere in zoologischen Gärten nachdenken. Rainer Maria Rilke hat uns in Versen das Leid eines gefangenen Tieres in herzbewegender Weise geschildert.

Der Panther

Sein Blick ist im Vorübergehn der Stäbe
so müd geworden, daß er nichts mehr hält.
Ihm ist, als ob es tausend Stäbe gäbe
und hinter diesen tausend Stäben keine Welt.

Der weiche Gang geschmeidig starker Schritte,
der sich im allerkleinsten Kreise dreht,
ist wie ein Tanz von Kraft um eine Mitte,
in der betäubt ein großer Wille steht.

Nur manchmal schiebt der Vorhang der Pupille
sich lautlos auf — dann geht ein Bild hinein,
geht durch der Glieder angespannte Stille —
und hört im Herzen auf zu sein.

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen bin ich

Dieter Rauch

LV Bayern

Strategie für das Vorgehen gegen die Atomindustrie

Der bayerische Landesvorsitzende Rüdiger Brück veröffentlicht einen „Strategieentwurf für das Vorgehen gegen die Genehmigungsbehörden und Befürworter von Atomkraftwerken". Brück geht davon aus, daß die Abwehr der Kernenergiewirtschaft jetzt einen Tiefstpunkt erreicht hat, der zu neuen Ansätzen zwingt. Ursache sei 1. das Stagnieren der ökologisch-politischen Bewegung seit Mitte 1980, 2. aber auch die Erschöpfung der bisherigen Argumente, die insbesondere von der Justiz abgeblockt würden. Auch sei eine Beschränkung auf rein verwaltungsrechtliche Argumente nicht mehr ausreichend.

Brücks Entwurf zielt auf eine Einbeziehung strafrechtlicher Überlegungen ab. Damit sind nach Brück die großen Schwierigkeiten, die bei der exakten Formulierung der berechtigten Vorwürfe auftreten und oftmals auf die leichte Schulter genommen werden, keineswegs gemeistert. Es zeichnet sich aber die Möglichkeit ab, die Befürworter der Kernenergiewirtschaft persönlich zu treffen.

Insbesondere erstrecken sich die Überlegungen auf die Toleranzdosenverordnungen (für radioaktive und zugleich auch chemische Belastung). Toleranzdosenverordnungen scheinen nämlich die Umgehung des sehr eindeutig gegen jede Vergiftung und Verseuchung gerichteten § 324 StGB anzustreben. Sie waren ursprünglich dazu gedacht, un(!)-schädliche Mengen zu definieren. Im radiologischen Bereich jedoch gibt es solche sicher nicht. Die Toleranzdosenverordnungen sind daher höchstwahrscheinlich deshalb nicht länger haltbar, weil sie sich mit dem Strafrecht nicht vertragen. Eine nähere Ausführung muß hier aus Platzgründen unterbleiben.

Generell gründet sich der Entwurf auf die Überlegung, daß die Inkaufnahme von möglichen Todesfällen infolge der Steigerung der allgemeinen Radioaktivität (und damit infolge der Steigerung der Krebsrate) indirekt vorsätzliche Tötung ist (sog. dolus eventualis). Weil aber die Befürworter sogar um die Unvermeidlichkeit dieser Steigerung wissen, wird die Inkaufnahme **möglicher** Todesfälle praktisch schon abgelöst durch die „Inkaufnahme" **unvermeidlicher** Todesfälle. Das könnte dazu führen, daß man von direktem Vorsatz spricht und somit den Vorwurf erhebt, der Betrieb der Kernkraftwerke stelle den Versuch der Tötung dar. Damit gelangt man hautnah an die Strafbarkeit des Betriebes von Atomkraftwerken heran. Der sofortige Einsatz des Strafrechtes wird nur durch die Toleranzdosenverordnungen (hier SSV) behindert, die damit aber eine Legitimation des Verbrechens darstellen sollen und somit auf keinen Fall für die Zukunft aufrechterhalten bleiben können.

Bei gezielten Vorgehen kann auf längere Sicht erreicht werden, daß die Atomenergiewirtschaft ebenso wie die Atombombenversuche verboten werden muß.

Den Weg zu einer Verwirklichung dieser Ziele müssen wir jetzt vorzeichnen. Rüdiger Brück bittet alle sachverständigen WSL-Mitglieder um eine Zusammenarbeit. Der zweiseitige Entwurf wird auf Verlangen kostenlos zugeschickt.

Verantwortlich: Rüdiger Brück,
Heubergstr. 6, 8201 Schwabering
Tel. 08053/659

LV Hessen

NG-350

Am 7./8. Februar 1981 wurde in Marburg eine Naturwissenschaftlergruppe, „NG-350", gegen eine 350-Jato Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen, Rheinland-Pfalz oder anderswo gegründet.

Ziel der Gruppe ist es, sich mit dem „Hessen-Konzept" der Betreiber, insbesondere den Veränderungen desselben gegenüber dem „Gorleben-Konzept" und kommenden Weiterentwicklungen kritisch auseinander zu setzen, um den Bürgerinitiativen wissenschaftlich fundierte Hilfestellung bei ihrem Kampf vor Ort geben zu können (bei Vorbereitung von Prozessen, Erörterungsterminen, Veranstaltungen, Organisation von Gegengutachten etc.) Das erste Treffen diente der Information und Wissensvermittlung, der Vorbereitung eines Literaturdienstes, der Aufstellung einer Referentenliste für Bürgerveranstaltungen und der Einteilung von Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen.

Die Ergebnisse sollen in Broschüren zusammengefaßt werden, in denen auch wissenschaftlich komplizierte Details für Laien verständlich dargestellt werden.

Das Erscheinen der ersten Broschüre ist für Juni geplant.

A. L.

Uffrecht freigesprochen!

Am 16. Januar 1979 hatte der Oberstudiendirektor und Physiker Ulrich Uffrecht, Direktor des Gymnasiums in Buxtehude, einen Offenen Brief an den zuständigen Oberkreisdirektor in Stade geschrieben, in welchem er den damals gerade bekanntgewordenen Katastrophenschutzplan für die Bevölkerung in der Umgebung des Atomkraftwerkes Stade kritisiert.

Die in 10 Punkten vorgetragene Kritik fiel ebenso hart aus, wie die Bestimmungen des Katastrophenplanes unsinnig waren (und ja auch heute noch sind). Ausdrücke wie „haarsträubende Unwahrheiten", „nicht verantwortbare irreführende Bagatellisierungen" waren für die verantwortlichen Behörden natürlich schwer hinzunehmen. An einer anderen Stelle heißt es, genau so mitten ins Schwarze, daß „die Öffentlichkeit — einschließlich der verantwortlichen Politiker — anfangs in geradezu schamloser Weise über die bestehenden Gefahren und Risiken bewußt getäuscht wurden".

Im übrigen zeigt der Offene Brief für jeden Leser unmittelbar verständlich an einer Reihe von Beispielen, wie sinnlos, ja geradezu kindisch die Anweisungen des Katastrophenschutzplanes sich bei näherer Betrachtung erweisen. Allgemein herumgesprochen hat sich ja inzwischen unter anderem die Bestimmung, daß von Bewohnern, welche die Häuser nicht verlassen dürfen, damit sie von der radioaktiven Wolke nicht ungeschützt getroffen werden, in ihren Wahllokalen nach dem Katastrophenalarm gleich die Jodtabletten abzuholen seien. Diese Jodtabletten müssen sodann zuhause noch vor Eintreffen der radioaktiven Wolke unverzüglich verzehrt werden.

Alles was Uffrecht an sachlicher Kritik, wissenschaftlich belegbar, vortrug, hat sich inzwischen in vielen Diskussionen als zutreffend erwiesen und rechtfertigte durchaus die Schärfe der Verurteilung des Katastrophenschutzplanes.

Der Offene Brief trug dem Oberstudiendirektor ein Disziplinarverfahren ein, wie die meisten Leser wissen werden. Zahlreiche Kollegen, Freunde und Mitstreiter forderten spontan die Einstellung des Verfahrens. Dem widersetzte Uffrecht sich jedoch entschieden. Er wollte wissen und in aller Form bestätigt haben, ob man in der von ihm gewählten scharfen Form von dem Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 des Grundgesetzes) Gebrauch machen darf oder nicht.

Am 11. März 1980, also nach mehr als einem Jahre, wurde Uffrecht wegen der F o r m seiner Kritik mit einem Verweis bestraft. Gegen diesen legte er beim niedersächsischen Kultusminister Widerspruch ein. Nach wiederum etwa einem Jahre, jetzt am 21. Februar, wurde das Verfahren mit einem Freispruch für Uffrecht beendet.

Der Minister hat damit nicht nur die F o r m der Kritik gelten lassen. Er hat darüberhinaus ausdrücklich auf die Verantwortung hingewiesen, die ein Sachkenner trägt, wenn er Gefahren für die Allgemeinheit erkennt. Der Minister bescheinigt Uffrecht: „Einsatzbereitschaft zugunsten der Allgemeinheit".

Das ist viel! Uffrecht hat also im Hinblick auf Atomkraftwerke sachlich zu Recht von Lüge und Verantwortungslosigkeit und von Irreführung der Bevölkerung gesprochen.

Für uns Alle ist es tröstlich, daß in diesem Falle der Staatsbürger und nicht die Atomindustrie Recht bekommen hat. Und wir freuen uns auch persönlich mit Uffrecht von ganzem Herzen.

W. Wellmann

Gesundheit und Erholung

– AUSLAND –

— Inland —

Biologische Klinik

Zahn-Mund-Kieferkrankheiten, Ges. Plast. kosmet. Chirurgie, Allgemeinmedizin, Naturheilverfahren.

Physikalische Abtlg.

Med. Sauna, Kreislauf-Wirbel-Haltungsschäden, ärztl. biolog. Kosmetik.

8000 München 2, Karlsplatz 3, Telefon 598410 oder 554315

Haus Wagner



Gemütl. Schwarzwald-Bauernhaus · Veget. Vollwertkost · Biolog. Anbau Wandern, Skilanglauf Reflexzonenbehandlung · **7821 Höchenschwand-Tiefenhäusern,** südl. Schwarzwald, 900 m Höhe · Tel. 07755-513 · DM 41,—

HEILKRÄFTE — DER NATUR

sind wirksamer Schutz und Hilfe bei vielen Krankheiten
Natürliche Ganzheitsbehandlung im

FELKE-NATURHEILBAD · 6252 DIEZ

Womit: Ausgedehnte Lehmtherapie, Heilmassagen, Lymphdrainagen, Chiro-Gymnastik, Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie, resp. Feedback, Darmbäder, Sauna, biolog. Vollwertkost, Rohkost, Heilfasten, Schlankheitskuren.
Wo: Auf den Höhen des romantischen Lahntals, ruhige Lage, riesiges Gelände zum Ruhen und Luftbaden, reizvolle, waldreiche Umgebung. Oase der Natur mit gepflegter, freudiger Atmosphäre.

Kassenzuschüsse, beihilfefä., Arzt i. Haus. Tel. 06432-4077

Gesunder Urlaub in gemütlicher Familienpension im **schönen Berchtesgaden** bei Schnitzer-Intensiv- und Schnitzer-Normal-Kost, hausgeb. Brot und Kuchen, biol. Vollwertkost aus eig. Anbau, Wochenend-Kurse für Schnitzer-Kost und Vollkornbackwaren. Prosp. anf. Christl Kurz, Haus Alpenveilchen, 8240 Schönau am Königssee, Tel. 08652/3705.

Ferien am Edersee. Ferienwohnungen in Bringhausen für 2 bis 4 Pers., idyll. Lage, beste Ausstattung, Terrasse, Liegewiese, preisgünstig zu vermieten. Lensch, Hugo-Wolf-Str. 18, 6700 Ludwigshafen-Oppau, Tel. (0621) 652486.

Für 2 Erwachsene idyll. preisw. **Ferienappartement u. Öko-Garten** in der Lüneburger Heide. Ruhe, Wandern, Naturbeobachtungen.
J. v. Grone, 3044 Neuenkirchen, Telefon 05195/1287. 20—21 Uhr

LÜNEBURGER HEIDE — Ideale Ferien im Erholungsheim Spöktal
Steinbeck an der Luhe, 3045 Bispingen, Telefon (05194) 320
Großes Privat-Naturschutzgebiet mit dem lieblichen Spöktal, Bach, Heide und Wald. Vegetar. Vollwertverpflegg., jede Diät, biolog. Gartenanbau, behagliches Wohnen. Zimmer mit Dusche und WC, gemütliche Ferienhäuschen, auch für Familien. Alles Nähere im bebild. Prospekt. Auch Privat-Ferienwohnung — einmalige Lage auf Sylt.

Erholung im bayr. Wald

Lact. veget. geführte kleine Pension, sehr preiswert. Malen, activ Urlaub, Bildergalerie. Prospekt anfordern.
Landhaus Waldmaler A. Becher, 8356 Klingenbrunn
Postf. 1212, Reinhardschlag 4, Tel. (09928) 372

ERHOLUNG am EDERSEE

und im Waldecker Naturschutzgebiet mit Lehrgängen in gesunder Lebensführung bei vegetarischer Vollwertkost aus eig. biol. Gärtnerei. Tägl. Atem-, Entspannungs- u. Harmonieübungen. 1.-8. 3., 6.-12. 4. und im Mai kreative Mal-, Modellier- und Batikkurse.

Musiktherapie-Seminar auf Anfrage.
Bitte, fordern Sie unseren Prosp. an.

NEUZEITLICHE DIÄT- u. LEBENSSCHULE e. V.
— Haus der geistigen Begegnung —
3593 Edertal-Bringhausen, Kurstr. 4
Tel. 05623-4025 (Bhf. Bad Wildungen)

Partner für Wohnanlage

Vegan sucht ein o. mehrere Partner f. baubiologische Wohnanlage u. Grundstück bei München, Augsburg o. Rosenheim.
Tel. (089) 843999

Stellengesuche

Diplomagraringenieur,
28 Jahre, Fachrichtung Pflanzenproduktion (Gemüsebau, Obstbau, Bodenkunde) sucht Mitarbeit bei organischem Gemüse- bzw. Obstbaubetrieb.
Zuschriften unter Nr. 110 an LSI, Hainstr. 21, 2370 Rendsburg

Stellenangebote

In unseren Kinder- und Jugenddörfern werden Lebensschutz-Erkenntnisse weitgehend in die Tat umgesetzt. Dazu gehören biologischer Land- und Gartenbau, biologisch gebaute Häuser, ein harmonisches Zusammenleben in der Gemeinschaft Gleichgesinnter, vegetarische Lebensweise, Nichtrauchen.
Wir stellen noch ein **Erzieherinnen, Pädagogen, Sozialpädagoginnen** (auch Eheleute), mit der Gesinnung von Christenmenschen. Auch **Praktikanten** und **Zivildienstleistende** können aufgenommen werden.
Kinder- und Jugenddorf Salem
8652 Stadtsteinach/Frankenwald (Zentrale) — Tel.: 09225/751
Kinder- und Jugenddorf Salem
2121 Kovahl/bei Lüneburg — Tel.: 05855/242
Kinder- und Jugenddorf Salem
8741 Höchheim/bei Bad Königshofen, Unterfranken
Tel.: 09764/271.

Wir stellen noch

je 1 **christlichen Erzieher(in),**

(auch Ehepaar), in unseren Salem-Kinder- und Jugenddörfern **8741 Höchheim** und **8652 Stadtsteinach** ein.

Bewerbung an die Salem-Zentrale, 8652 Stadtsteinach, z. Hd. Gottfried Müller, Tel. 09225/751.

Geschäftliche Empfehlungen

REFORM-LEHRHOF

Lehrgänge für Leute, die sich selbst helfen wollen: Öko-Landbau, Selbsthilfe-Hausbau, Hauswirtschaft, Naturheilkunde, Spinnen und Weben, Alternativ-Energien. Selbstbau von Getreidemühlen, Spinnrad, Webstühlen, Butterfaß, Windrad und vieles andere. · Kursprogramm anfordern!
Hans Wiederhold, Obst- und Gemüsebau,
2725 Brockel, Bellen 14, Tel. 04266/505

Sorgen mit Gartenabfällen? Hecke, Äste, Kraut, Gras und Laub
Häckseln und ausstreuen!
Kein anderes Gerät braucht man so viel und so oft wie den
Gartenhäcksler
Fragen Sie unverbindlich an:
Werner Wolf, Maschinen- und Apparatebau
Eichenstraße 27, 5308 Rheinbach-Ramershoven, Telefon 02226/6325



Besser schlafen auf Stroh!
Nur in einem gesunden Bettklima finden Sie einen tiefen, erholsamen Schlaf.
Fordern Sie bitte unverbindlich unser Informationsblatt an.

Ein Drittel unseres Lebens verbringen wir im Bett darum Strohkernmatratzen

Strohkernmatratzen

rintelen fachwerkbau-stapel

Jörg Rintelen 2724 Horstedt-Stapel Nr. 14 L Tel.: 04288/211



Aßmus

Gesunde Kleidung aus Naturfasern

Fordern Sie unseren ausführlichen Katalog an.

Rolf + Ursula Aßmus
Gesundheitstextilien
Gesundheitsbetten
Forststraße 35
Telefon (0 71 42) 69 04
7121 Ingersheim 1

In unserer modernen Zeit unentbehrlich!

Zell Oxygen

- Fermentreicher, cellulärer Sauerstoff-Hefetrunk mit Weizenkeimextrakt.
- Zündstoffe für eine stoffwechselaktive Nahrung.
- Auch für Diabetiker.

In Ihrem Reformhaus

Kostenlose Information: Zell-Hefe-Praparate GmbH
Postfach 1128, 6222 Geisenheim/Rhein
Generalvertretung für die Schweiz: Fa. MEDINCA, 6301 Zug, Postfach

---



biologisch bauen & wohnen

BIOFA

Möglichkeiten für eine naturgemäße Lebensweise

Hölzer für Haus und Garten

biologisch
schützen pflegen färben
mit *BIOFA-Produkten*

Unser Programm umfaßt lebensfreundliche und frei von synthetischen Substanzen hergestellte Anstrich- und Holzschutzmittel zur Oberflächenbehandlung im Innen- und Außenbereich.

Fordern Sie bitte Informationsmaterial an. Auf Wunsch beraten wir Sie gerne schriftlich oder mündlich.

BIOFA-NATURFARBEN GMBH
Bahnhofstraße 9
D-7321 Dürnau
Tel.: 07164/4825

Tochtergesellschaft der WALA-HEILMITTEL Dr. Hauschka OHG

NATURWAREN

Holzbalsam: giftfrei, preiswert + vielseitig
Seiden: über 50 (!) Sorten von einmaliger Schönheit
Propolis-Tinktur: eines der wirkkräftigsten Hausmittel
Kupfer-Armbänder: 33 (!) verschiedene Muster
Fordern Sie unter dem Stichwort „LSI" Unterlagen an!

Vogelflug Ziegelstr. 2b, 4902 Bad Salzuflen, Tel. 05222/3095

Fit und immer gesund

durch die **TÄGLICHE** pflanzliche Milchsäure nach Dr. Kuhl. Prosp. frei!
Buch, Neuauflage: Biologischer Strahlenschutz 7,80. Wichtig für Umweltschützer besonders in der Nähe von Atomreaktoren.
Vers.: **Karl Christmann, Maibrunnenstraße 18, 6782 Rodalben.**

In unser REFORMMÖBELPROGRAMM haben wir jetzt

STROHKERNMATRATZEN

der Qualitätsmarke SANADORM aufgenommen. Preissenkung: nur noch 195,00 DM netto; 5 Jahre Garantie, Farbprospekt gratis:

Handwerkstatt  Feld 2, D-4553 Merzen 3

Naturfarbene Island-Schafwolle

für Ihren original Island-Pullover
DM 6,40 per 100 g — 9 Naturfarben
Pullover, Westen, Schals, Ponchos, Wolldecken, Sonnwendpullover u. v. m.
Bitte unverbindliche Muster anfordern!
ISLAND-BAZAR, Sylvia Juliusson, **7505 Ettlingen 5,** Luitfriedstr. 50, Tel.: 07243/91296. Durchgehend geöffnet.

Edelholz-Kämme



10 Kammsorten in 15 dtsch. u. exot. Edelhölzern. 10 div. Kopfbürsten mit Natur- bzw. Wildschweinbürsten. Sind immun gegen elektro-statische Aufladungen. Kein Aufkratzen der Kopfhaut, dafür eine heilsame Massage der Haargefäße und der Kopfnerven. Verlangen Sie Prospekt, evtl. auch Auswahlsendung. Ein geschätzter Geschenk- u. Werbeartikel.
Alleinhersteller: **Kammacher M. Groetsch, 8561 Enzendorf 10**

---

reform - Matratzen

100% Natur-Material!
Kapok- oder Roßhaar-Füllung in Baumwoll-Nessel HAND-garniert und abgeheftet.
Schafschurwoll-Abdeckung bei Roßhaar-Füllung.
Glatter Baumwoll-Drellbezug. Jedes Sondermaß.
Anfrage an:
Reformschlaf LKG, Stendorfer Straße 15, 2863 Ritterhude,
Telefon (0 42 92) 10 57

Unser Menschentum kann nur gesunden durch tiefe neue Erkenntnisse über unser eigenes Wesen und daraus erfließender klarer ethischer Lebenseinstellung, die zugleich „Tiefstes Menschenglück sein kann.
Der Denker und Dichter

Erwin Guido KOLBENHEYER

weist uns den Weg. Die Kolbenheyer-Gesellschaft e. V. (kein Geschäftsunternehmen!) gab Bändchen mit wesentlichen Aussagen, verdeutlicht an lebensvollen Beispielen aus der Dichtung, heraus:

GESITTUNG, IHR URSPRUNG UND AUFBAU
(über Lebenssinn und Lebensleistung)

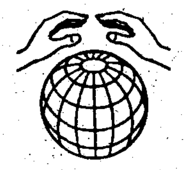
DU SOLLST EIN WEGSTÜCK MIT MIR GEHN
(über Liebe, Ehe, Familie). (je DM 10,—)

Verlangen Sie Angebotslisten aller Werke

Sicher kennen Sie den berühmtesten Roman über den Großen Arzt

PARACELSUS DM 44,80

„Da ihr lebt, so lebet zur Gänze. Gebt aus, was in euch ist, so werdet ihr voll werden."
In Ihrer Buchhandlung erhältlich oder unmittelbar bei:
Kolbenheyer-Gesellschaft e. V.
D 85 Nürnberg 90, Schnieglinger Str. 244



Herausgeber, Verleger:	WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e. V., Bretthorststr. 221 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/7330
Bankverbindung:	Stadtsparkasse Vlotho Kto. Nr. 529602 (BLZ 49052035) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung:	Ursula Haverbeck-Wetzel, D-4973 Vlotho, COLLEGIUM HUMANUM, Telefon 05733/2680
Anzeigen:	Dr. Fr. Ross, D-2370 Rendsburg, Hainstraße 21, Telefon 04331/22646
Bezugsgebühr:	jährlich 20,— DM einschl. 6,5 % MWSt. Erscheint einmal monatlich.
Druck:	Deppe + Hölscher-Druck, Buch- + Offsetdruck, Poststraße 2, 4973 Vlotho, Telefon 05733/5010

Umweltschutzpapier aus 100 % Altpapier — hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.